



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Landräteseminar in Rothenburg ob der Tauber:

Vorwärtsstrategien für ländliche Räume

Die digitale Zukunft, Hilfen für Hochwasserschädigte im Landkreis Rottal-Inn und die Strukturreform des Veterinärwesens standen auf der Agenda der diesjährigen Landrätetagung in Rothenburg ob der Tauber unter dem Motto „Digitalisierung und IT-Sicherheit“.

Nach den Worten von Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, „dürfen die vielen Trümpfe, die wir in Bayern aufgrund unserer leistungsfähigen Wirtschaft haben, nicht darüber hinwegtäuschen, dass Vorwärtsstrategien für alle ländlichen Räume notwendig sind und es für gleichwertige Lebensverhältnisse von Stadt und Land noch einiges zu tun gibt“. 4.0 betreffe nicht nur die Industrie und den privaten Bereich der Bürger, sondern vor allem auch die Verwaltung. Für Städte, Gemeinden und Landkreise gäbe es nur einen zukunftsfähigen Weg, nämlich den digitalen. Nachdem 80 bis 90 Prozent der Bürgerkontakte auf die Kommunen entfallen, trügen diese die Hauptlasten für den Ausbau der elektronischen Verwaltung, so Bernreiter.

E-Government-Pakt

Auf Drängen der Landkreise hat der Freistaat diese bisher mit dem Investitionsprogramm „BAYERN

DIGITAL“, dem Bayerischen E-Government-Gesetz 2015 und dem E-Government-Pakt auf dem Weg zur digitalen Verwaltung unterstützt. So hat er sich unter anderem dazu verpflichtet, zentrale E-Government-Dienste wie die sichere Identifizierung, ein elektronisches Postfach und sicheres Bezahlen dauerhaft und betriebskostenfrei zur Verfügung zu stellen. Alle Landkreise nutzen diese zentralen Bausteine bereits und nehmen damit nicht nur bayern-, sondern auch bundesweit einen Spitzenplatz ein.

Online-Stellenbörse

Beim elektronischen Ausbau werden die Landkreise vom Bayerischen Innovationsring und den dort federführenden Landräten Josef Niedermaier (Bad Tölz-Wolfratshausen), Georg Huber (Mühl- dorf a. Inn),

nicht nur die Kommunen gefragt. Hier gilt es bundes- und landesweit entsprechende Regelungen zu schaffen“, unterstrich der Präsident.

„IT-Feuerwehr“

Mit dem sogenannten Bayern-CERT habe der Freistaat bereits eine „IT-Feuerwehr“ eingerichtet,



Christian Bernreiter.

die die Landratsämter bei akuten IT-Sicherheitsvorfällen unterstützen. Die Kreise bräuchten aber bereits im Vorfeld die Rücken- deckung der Staatsregierung. Bernreiters Forderung: „Der Frei- (Fortsetzung auf Seite 4)

Vormerken!
10. Nov.
2016

GZ lädt zum Breitband-Forum

Am 10. November 2016 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 4. Bayerischen Breitbandforum in die ESKARA-Arena in Essenbach ein. Ziel ist es, den Besuchern Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internet- und WLAN-Anbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitband- und WLAN-Ausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei.

Mehr Infos unter: www.bayerisches-breitbandforum.de

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



BdSt-Präsident Rolf von Hohenhau und Vizepräsidentin Maria Ritch.

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Verschwendung von Steuergeld

Neue Beispiele für die Verschwendung von Steuergeldern hat der Bund der Steuerzahler (BdSt) in Bayern präsentiert. Laut Vizepräsidentin Maria Ritch besteht das in München vorgestellte Schwarzbuch 2016, „dass die Verschwendung von Steuergeldern an der Tagesordnung“ ist.

Diesem alljährlich wiederkehrenden Umstand kann nach Auffassung des Verbandes nur mit juristischen Mitteln Einhalt geboten werden: Steuerverschwendung müsse als Straftatbestand der „Haushaltsuntreue“ geahndet werden, unterstrich Ritch. Wer die Grundsätze der Sparsamkeit missachte, müsse „genauso zur Re-

chenschaft gezogen werden wie jemand, der Steuern hinterzieht“.

Zehn Beispiele aus Bayern

In seiner Veröffentlichung listet der Interessenverband zehn bayerische Verschwendungsfälle auf, die jedoch nur „die Spitze des Eisbergs“ darstellten. Als beson-

ders „gravierendes Beispiel“ bezeichnete der BdSt die Sanierung des Staatstheaters am Gärtnerplatz in München. Statt der 2010 genehmigten 70,7 Millionen Euro belaufen sich die Gesamtkosten inzwischen auf rund 97 Millionen Euro. Doch nicht nur die Kosten sind davongelaufen. Auch die angestrebte Inbetriebnahme des Theaters im Herbst 2016 kann nicht eingehalten werden. Aufgrund der längeren Bauzeit wird nun eine Wiedereröffnung zum Beginn der Spielzeit 2017/18 angestrebt.

Langer Rechtsstreit

Schlecht verlegte Fliesen durch eine spanische Firma sollen in der Justizvollzugsanstalt Aichach nicht nur den Kostenplan von 18 auf 21 Millionen Euro angehoben haben, sondern führten auch zu einem laufenden Rechtsstreit mit ungewissem Ausgang. Laut Bund der Steuerzahler kann Pfusch am Bau leider nicht in jedem Fall verhindert werden. „Im Sinne der Steuerzahler bleibt in diesem Fall zu hoffen, dass diese nicht auf den ganzen Baupfusch-Beseitigungskosten sitzenbleiben werden.“

Kostenexplosion

Aus dem Ruder laufen auch die Kosten für den geplanten Erweiterungsbau des NS-Dokumentationszentrums auf dem Obersalzberg. Die Erweiterung soll um fast 50 Prozent teurer werden als zunächst angenommen. Bereits im Planungsstadium sind die Kosten explodiert. Die ursprünglich (Fortsetzung auf Seite 4)

Bürgerpreis des Bayerischen Landtags:

Gelebte Werte

„70 Jahre in guter Verfassung. Wir leben und gestalten Demokratie!“ lautete das Leitthema des im Münchner Maximilianeum verliehenen Bürgerpreises des Bayerischen Landtags. Unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Barbara Stamm wählte die Jury aus 72 Bewerbungen die Preisträger aus. Diese erhielten ein Preisgeld von insgesamt 50.000 Euro.

Landtagspräsidentin Stamm sah in dem diesjährigen Motto die Chance zur Besinnung auf die wesentlichen Werte unserer Gesellschaft, die in Bayerns Verfassung festgeschrieben sind: „Frieden, Freiheit und Demokratie erscheinen uns heute beinahe selbstverständlich. Aber die Werte der Verfassung müssen auch gelebt werden, und dafür setzen sich zahlreiche Gruppierungen und Bündnisse in Bayern ehrenamtlich ein. Das ist auch bei den vielen hervorragenden Bewerbungen zum diesjährigen Bürgerpreis sichtbar geworden.“

Netzwerke

Mit dem ersten Preis bedacht wurde die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg. Dabei handelt es sich um eine bundesweit einzigartige Netzwerkorganisation. Sie vereint zivilgesellschaftliche Organisationen und Gebietskörperschaften in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und für die im Grundgesetz verankerten gesellschaftlichen Werte. Insgesamt sind 315 Organisationen Mitglied in der Allianz.

Würde des Menschen

Ehrengast Dr. Hans-Jochen Vogel, ehemaliger SPD-Parteivorsitzender und Münchner Oberbürgermeister, verwies im Gespräch mit dem bekannten Münchner Schauspieler Udo Wachtveitl darauf, dass „wir heute Menschen auszeichnen, die nicht nur reden, sondern sich für die Demokratie einsetzen. Und das brauchen wir.“ Auf die Bedeutung der Verfassung eingehend, meinte Vogel:

„Vieles von dem, was zu Recht am deutschen Grundgesetz geschätzt wird, stand vorher schon in der Verfassung Bayerns. Vorweg der Satz 'Die Würde des Menschen ist unantastbar'. Ebenso übrigens das Recht auf politisches Asyl.“

Netzwerke

Mit dem ersten Preis bedacht wurde die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg. Dabei handelt es sich um eine bundesweit einzigartige Netzwerkorganisation. Sie vereint zivilgesellschaftliche Organisationen und Gebietskörperschaften in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und für die im Grundgesetz verankerten gesellschaftlichen Werte. Insgesamt sind 315 Organisationen Mitglied in der Allianz.

Die Tätigkeit erstreckt sich auf das gesamte Gebiet der Metropolregion. Beispielhafte Aktivitäten sind etwa Aktionen bei rechts-populistischen/-extremen Aufmärschen, Bildungsprojekte/veranstaltungen für Multiplikatoren

sowie Langzeitprojekte wie eine „Gastro-Initiative“, bei der Gastronomen und Brauereien über rechtsextreme Gruppen informiert und über rechtliche Möglichkeiten zur Verhinderung von entsprechenden Veranstaltungen aufgeklärt werden.

Völkerverständigung

Den zweiten Preis erhielt die Schul- und Jugendarbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., München. Der Verein betreibt seit langem eine völkerverständigende und friedenspädagogische Jugendarbeit, in dem er Jugendliche aus der ganzen Welt zusammenbringt und aktiv Erinnerungskultur betreibt. Die Jugendlichen kommen (Fortsetzung auf Seite 4)



Viele Debatten werden heutzutage eher mit Gefühlen und Meinungen geführt und weniger mit Argumenten und überprüfbaren Fakten. Manche nennen dies die postfaktische Gesellschaft. Das ist sehr anstrengend, meist aber noch recht harmlos. Bei sogenannten Reichsbürgern jedoch ist es brandgefährlich und auch kriminell. Seite 11

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Wohnungspakt Bayern: Positive Zwischenbilanz	2
Bayerischer Geriatrietage: Prävention im Alter	2
GZ-Kolumne Georg Huber:	
Erste Bilanz zum DV-Asyl	3
Bezirkstag von Mittelfranken: Hohe Pro-Kopf-Verschuldung	3
Strategiepapier der ICUnet.AG: „So schaffen wir das“	3
Bayerns Wirtschaft: Wachstumsmotor in Deutschland	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunalfinanzen	5-8
Wasser-Abwasser	9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Bayerischer Geriatrietag in Augsburg:

Prävention im Alter

Die Gesellschaft befindet sich in einem tiefgreifenden demografischen Wandel. Deshalb muss die Entwicklung zu einer Gesellschaft des „langen Lebens“ auch in der Gesundheitsförderung und Prävention stärker als bisher Beachtung finden. Vor diesem Hintergrund beleuchtete der 10. Bayerische Geriatrietag in Augsburg unter dem Motto „Prävention im Alter“ unterschiedliche Aspekte der Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen.

Nach Grußworten von Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Geriatrie Bayern e.V. und Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl warb Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml dafür, dass ältere Menschen den Ruhestand nicht zu wörtlich nehmen: „Auch mit einem einfachen Training kann man sehr viel für seine Gesundheit tun. Es ist nie zu spät, mit Gesundheitsförderung und Prävention anzufangen – das haben auch wissenschaftliche Studien erwiesen.“

Hohe Lebenserwartung

Huml zufolge stellen ältere Menschen einen großen Teil der Gesellschaft dar. Schon in wenigen Jahren werde ein Viertel der Bevölkerung über 65 Jahre alt sein. Die Lebenserwartung sei heute so hoch wie nie zuvor. „Mein Wunsch ist es, dass die Menschen in Bayern die gewonnenen Jahre bei möglichst guter Gesundheit verbringen können. Deshalb geht unser Bayerischer Präventionsplan auch gezielt auf das Thema 'Gesundes Altern im selbstbestimmten Lebensumfeld' ein“, unterstrich Huml.

Die Ministerin verwies darauf, dass sie Ende 2015 ein bayerisches Bündnis für Prävention ins Leben gerufen hat. Schwerpunkte sind neben der Vermeidung

von Krankheiten deren Früherkennung und die Gesundheitsförderung. Laut Huml verpflichten sich mehr als 100 Gründungsmitglieder in diesem Bündnis freiwillig, Gesundheit zu fördern und einen Beitrag zur Prävention in Bayern zu leisten. „Das Bündnis zeigt: Prävention ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die umso besser gelingt, je mehr gesellschaftliche Kräfte daran beteiligt sind. Ziel ist die bestmögliche Gesundheit für die Menschen in allen Lebenslagen und in allen Regionen Bayerns.“ Mitglieder des Bündnisses sind neben Vertretern der Kammern und Krankenkassen zahlreiche Verbände, Vereine und andere Organisationen der Bürgerschaft.

Taschengeldbörse

Ein generationsübergreifendes Projekt zur Prävention im Alter und zur Stärkung und Aufrechterhaltung der psychischen Gesundheit ist die Taschengeldbörse Witzelshofen, präsentiert von Norbert Lenz. Bei der Taschengeldbörse haben sich engagierte und verlässliche Jugendliche zusammengefunden, um im Rahmen der Nachbarschaftshilfe für ein kleines Taschengeld für Erwachsene Arbeiten zu übernehmen. Es werden vielfältige Aufgaben in Haushalt oder Garten, beim Babysitten, bei Problemen mit dem Telefon/Computer oder bei Festen und Veranstaltungen bewältigt. Die Jugendlichen verrichten Winterdienst, helfen beim Umzug, stapeln Holz, versorgen Tiere, geben Nachhilfe und vieles mehr.

Das Projekt soll Brücken schlagen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen. Ziel ist es einerseits, ältere Mitbürger beim Erhalt ihrer Autonomie zu unterstützen und sie vor Vereinsamung zu schützen. Andererseits sollen Jugendliche gefördert werden. Das Augenmerk liegt dabei auf der Bestätigung und Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten sowie der Selbstständigkeit im Handeln und der Übernahme von Verantwortung.

Evaluation

Nach Durchführung der Tätigkeiten bewerten sich Auftraggeber und Jugendliche gegenseitig in einem kurzen Evaluationsbogen. Die geleistete Stundenzahl und die Bewertung werden gesammelt. So kann die Gemeinde für die einzelnen Jugendlichen ein Zeugnis zum Beispiel für Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz, eine Arbeitsstelle oder einen Studienplatz ausstellen. Als besonderer Erfolg des Projektes Taschengeldbörse ist laut Lenz zu werten, dass einzelne örtliche Firmen Bewerbungen von Mitgliedern der Taschengeldbörse um einen Ausbildungsplatz sehr wohlwollend bewerten.

Die Jugendlichen hätten sich innerhalb der Gemeinde inzwischen große Anerkennung erworben, da sie vorwiegend selbstbestimmt und selbstorganisiert eine für die Gemeinde wichtige soziale Aufgabe übernommen haben. Der große Erfolg habe alle überrascht und zeige, dass das Projekt in Zeiten des demographischen Wandels richtungweisend ist, um neue Ressourcen zu erschließen und eine Gemeinde lebendig und funktionsfähig zu halten. Demenzielle Erkrankungen

sind ein globales Gesundheitsproblem und nehmen infolge der Bevölkerungsalterung in ihrer Bedeutung zu. In den vergangenen Jahren ist Bewegung als eine mögliche Form der Prävention demenzieller Erkrankungen verstärkt diskutiert worden. Besonders wirksam sind Bewegungsformen, die vielseitig körperlich, geistig und seelisch ansprechen, neue Reize in einer anregenden Lernumwelt schaffen und regelmäßig und dauerhaft ausgeführt werden.

Bewegungsprogramm

Am Institut für Sportwissenschaft und Sport der Universität Erlangen-Nürnberg wurde nach Informationen von Dipl. Soz. Wiss. Andrea Rivka Wolff ein evidenzbasiertes multimodales Bewegungsprogramm entwickelt. Das Pilotprojekt GESTALT („Gehen, Spielen, Tanzen Als Lebenslange Tätigkeiten“) sollte anschließend Erkenntnisse darüber liefern, wie mit typischen Risikofaktoren für Demenz belastete Seniorinnen und Senioren für ein solches Programm erreicht werden können und wie es in der Praxis von Präventionsanbietern implementiert werden kann. Die GESTALT-Intervention setzt sich aus zwei Modulen zusammen: einem speziellen Bewegungsprogramm und einer individuellen Bewegungsberatung.

In Erlangen wurde gemeinsam mit Präventionsanbietern vor Ort die Umsetzbarkeit von GESTALT erprobt. Dabei konnte Rivka Wolff zufolge gezeigt werden, dass die Implementation eines solchen Bewegungsprogramms in die Praxis vollzogen werden kann. Damit steht der Gesundheitsförderungspraxis ein nachweislich wirksames Mittel zur Vorbeugung von Demenzerkrankungen zur Verfügung, das gleichzeitig dazu beiträgt, die Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren zu verbessern. Durch die Erhaltung und sogar Verbesserung der kognitiven und physischen Leistungsfähigkeit trägt GESTALT dazu bei, dass ältere Menschen länger körperlich und geistig aktiv und unabhängig leben können. Das Projekt wird erfolgreich am Sportamt der Stadt Erlangen fortgesetzt. **DK**

Wohnungspakt Bayern:

Herrmann zieht positive Zwischenbilanz

Noch mehr Mittel für staatliche Wohnraumförderung

Der im Oktober 2015 geschlossene „Wohnungspakt Bayern“, in dem der Freistaat bis 2019 ca. 2,6 Milliarden Euro bereitstellt ist sehr gut angelaufen. Dies zeige vor allem die Halbjahresbilanz 2016, wonach 26,8 % mehr Baugenehmigungen gegenüber dem ersten Halbjahr 2015 erteilt worden seien. Gemeinsam mit den Gemeinden, den Kirchen und insbesondere der Wohnungswirtschaft ziehe der Freistaat bei der Wohnraumförderung „an einem Strang“, erklärte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann auf der Fachtagung des Verbands bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW) in Reit im Winkel.

Für den Minister stellt die verstärkte staatliche Wohnraumförderung einen wichtigen Schritt zu mehr bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen dar. Ziel seien bis zu 28.000 neue staatliche und staatlich geförderte Wohnungen in Bayern. Jedoch könne sozialer Wohnungsbau allein kein Allheilmittel für den stark steigenden Wohnraumbedarf sein. Der Hauptanteil der benötigten Wohnungen müsse von privaten Investoren und Wohnungsunternehmen frei finanziert und gebaut werden. Hierbei sei auch der Bund gefordert, der seine Kompetenzen im Bereich der Bauleitplanung bis hin zum Steuerrecht im Interesse des Wohnungsbaus wahrnehmen müsse.

In der detaillierten Darstellung wies Herrmann darauf hin, dass Bayern beim Sofortprogramm für

Erste Lesung des Doppelhaushalts 2017/18 im Landtag:

Rekordausgaben von 117,2 Milliarden Euro

Finanzminister Markus Söder legt ausgeglichenen Regierungsentwurf vor

In Fortsetzung der finanzpolitischen Stabilität in Bayern hat Finanzminister Markus Söder den Haushaltsplan 2017/18 im Landtag eingebracht. Demnach will die Staatsregierung die Ausgaben des Freistaats von derzeit 55,7 Milliarden auf 57,9 Milliarden Euro in 2017 und 59,3 Milliarden Euro in 2018 steigern. Somit bewegt sich das neue Haushaltsgesetz auf Rekordhöhe. Trotzdem sind keine neuen Schulden vorgesehen.

In seiner Begründung bezeichnete der Finanzminister das 5.100 Seiten umfassende Zahlenwerk als eine humane und aktive Antwort Bayerns auf die Herausforderungen der Zukunft. Dieser Regierungsentwurf sei vorbildlich für ganz Deutschland. Trotz der immensen Ausgaben von 117,2 Milliarden Euro in den nächsten beiden Jahren bleibe es ein ausgeglichener Haushalt. Ein Drittel der Ausgaben fließe in die Bildung, zehn Milliarden Euro seien für Polizei und Justiz vorgesehen. Hierbei stünden Schutz und Sicherheit der Bürger im Vordergrund, erklärte Söder. Des Weiteren werde der Freistaat bis 2019 neun Milliarden Euro für die Flüchtlingspolitik ausgeben, allein 700 Millionen Euro für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Damit zeige der Haushalt auch, dass Humanität die Richtschnur des Handelns ist.

Heimatstrategie

Als Entwicklungsaufgabe Nr.1 bezeichnete der Finanzminister den ländlichen Raum. Hier wachse die Stabilität stetig, Leerstände würden beseitigt und reaktiviert. In diesem Zusammenhang verweise er auf die langfristig angelegte Heimatstrategie des Freistaates. Daneben betonte Söder die große Bedeutung der Kommunen, deren Entscheidung im Vordergrund stehe. Der kommunale Finanzausgleich liege inzwischen auf Rekordniveau von fast neun Milliarden Euro, die Stabilisierungshilfen bei 150 Millionen Euro.

Im schnellen Internet sieht der Minister das größte Infrastruktural

projekt der letzten Jahrzehnte. Allein 600 Millionen Euro seien in den nächsten zwei Jahren für die Breitbandförderung vorgesehen. Darüber hinaus werde in die Landwirtschaft kräftig investiert. Als die größte „karitative Entscheidung“ sieht er den Länderfinanzausgleich. Hier müsse künftig mehr bayerisches Geld in Bayern bleiben. Die Steigerung der Ausgaben und die Entnahme von zwei Milliarden Euro aus den Rücklagen begründete Söder mit der Schaffung neuer Stellen u.a. für Lehrer, Polizisten, Richter und Staatsanwälte sowie den stark gestiegenen Kosten für Flüchtlinge. „Dieser Haushalt ist ein Haushalt für ein starkes Land“, erklärte der Finanzminister abschließend.

Wohnungsmangel

Die Landtagsopposition zeigte sich wenig begeistert von den Ausführungen des Finanzministers und übte Kritik. Der SPD-Finanzexperte Harald Güller diagnostizierte viel Selbstlob und eine „Personality-Show“ Söders. Der Haushaltsplan werde den Anforderungen in 15 bis 20 Jahren überhaupt nicht gerecht. Gegen das aktuell drängendste Problem, den akuten Wohnungsmangel, werde viel zu wenig getan. Die Bürger in Stadt und Land bräuchten eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur für den ÖPNV sowie den Radverkehr. Des Weiteren fehlten Ansätze für eine völlige Barrierefreiheit bis 2023 und für die digitale Bildung. Hier mangle es außerdem massiv an Personal.

Claudia Stamm, haushaltspolitische Sprecherin der Grünen, warf der Staatsregierung vor, das

Geld nach dem „Gießkannen-Prinzip“ zu verteilen. Wie auch Harald Güller kritisierte sie die Absenkung der Rücklagen von sechs Milliarden Euro in 2015 auf 1,5 Milliarden Euro. Stamm forderte Investitionen in die Energiewende und den Klimaschutz sowie eine Offensive für den Wohnungsbau.

Stärkung der Kommunen

Für die Freien Wähler sieht Bernhard Pohl als wichtigsten Punkt die Stärkung der Finanzkraft der Kommunen. Im Interesse gleichwertiger Lebensbedingungen in Bayern müsse die Staatsregierung wesentlich mehr für die Städte und Gemeinden tun. Dafür wären ca. 2,7 Milliarden Euro Rückzahlungen nach erfolgreichen Verhandlungen der Staatsregierung mit Bund und Ländern zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs einsetzbar. Als weitere Kernforderung nannte Pohl die Innere Sicherheit. Hier fehlten neben ausreichend Personal bei der Polizei vor allem viele Asylrichter. Des Weiteren plädierte er für eine stärkere Verkehrsinfrastruktur.

Der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/18 mit seinen 15.700 Titeln wird zunächst im federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ausführlich beraten. Die Verabschiedung des Haushaltsgesetzes erfolgt voraussichtlich in einer der letzten Plenarsitzungen des Jahres Mitte Dezember. **rm**

haushalt 2017/2018 jährlich vorgesehenen 467,7 Millionen Euro für staatliche Wohnraumförderung. Dies seien 66 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr, erläuterte der Minister. Darüber hinaus habe man mit 1.200 geförderten neuen Mietwohnungen in den ersten neun Monaten dieses Jahres das Ergebnis aus dem Vergleichszeitraum des Vorjahres weit übertroffen. Derzeit lägen den Bewilligungsstellen für 2016 noch rund 1.000 weitere Mietwohnungsanträge vor.

Bayerisches Allzeithoch

Zur allgemeinen Wohnungsstatistik führte Herrmann aus, es sei mit mehr als 6,26 Millionen Wohnungen Ende 2015 ein neues Allzeithoch in Bayern erreicht. Der Trend zeige weiterhin klar nach oben, aktuell lägen die Wohnungsbaugenehmigungen mit 48.765 Baufreigaben um 23 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dennoch wachse der Bedarf stärker als die Zahl der Wohnungen.

Abschließend erklärte der Bauminister, staatliche Wohnraumförderung könne die vorliegenden Aufgaben nicht allein lösen. Wohnungsbau gehe alle an, es bleibe auch weiterhin vordringliche Aufgabe der Kommunen, ausreichend Bauland auszuweisen. **rm**

„Wir retten Lebensmittel!“

Das von Landwirtschaftsminister Helmut Brunner ins Leben gerufene Bündnis „Wir retten Lebensmittel!“ hat sich auf gemeinsame Initiativen zur Eindämmung der Lebensmittelverschwendung geeinigt. Der Minister gab den Startschuss für die Umsetzung der geplanten 17 „Rettungsmaßnahmen“ – die Palette reicht von einem Lebensmittelretter-Führerschein für Schulkinder über die Entwicklung einer Smartphone-App zur Prüfung der Verzehrfähigkeit bis zu einem Wettbewerb für kreative Ideen zur Weiterverarbeitung von Nebenprodukten. „Wir wollen alle Akteure der Wertschöpfungskette, vom Feld bis zum Teller, für mehr Wertschätzung im Umgang mit Lebensmitteln sensibilisieren“, sagte der Minister. Das Ziel: neue Wege für einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln auszuloten. **Infos unter: www.stmelf.bayern.de/wir-retten-lebensmittel** □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Hermann Anselstetter
95339 Wirsberg
am 3.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Hohmann
85570 Markt Schwaben
am 31.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedel Heckenlauer
97488 Stadtlauringen
am 7.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Fenninger
83379 Wonneberg
am 3.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Philipp Schlapak
86709 Wolfersdorf
am 27.10.

Bürgermeister Thomas Dorsch

82383 Hohenpeißenberg
am 30.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerd Hofmann
95491 Ahorntal
am 29.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Zuber
95213 Münchberg
am 7.11.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Florian Hartmann
85221 Dachau
am 2.11.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Strategiepapier der ICUnet.AG:

„So schaffen wir das“

Bestandsaufnahme und konkrete Handlungsempfehlungen für politische Entscheider zur Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Migranten

Die Diversität der Bevölkerung Deutschlands nimmt zu und damit die Relevanz interkultureller Fragestellungen. Die ICUnet.AG mit den bayerischen Standorten München und Passau beschäftigt sich seit ihrer Gründung im Jahr 2001 erfolgreich mit dem Thema Integration.

Als Interkulturelles Beratungshaus und Global Mobility Experte mit Know-how für 75 Länder und mehr als 150 festen und 350 freien Mitarbeitern ist das Unternehmen überzeugt: Gegenseitiges Verständnis zwischen den Kulturen ist Voraussetzung für erfolgreiche Integration und eine funktionierende Gesellschaft. Die ICUnet.AG ist sich ihrer Verantwortung bewusst, hier Impulse für eine konstruktive Diskussion zu liefern und mit konkreten Lösungen voranzugehen.

Werkstatt für Vielfalt

Interdisziplinäre Lösungsvorschläge entstehen bei der ICUnet.AG in der hausinternen „Werkstatt für Vielfalt“. Neben konkreten Aktionen und Konzepten rund um die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Migranten (FAM) in den Arbeitsmarkt und in Unternehmen sieht man sich in der Verantwortung, bewusst gesamtgesellschaftlich zu denken: Im Strategiepapier „So schaffen wir das“ werden Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Das von der ICUnet.AG entwickelte und derzeit erforschte Integrationsphasenmodell (von Phase 1 „Erwartung/Vor der Ankunft in Deutschland“ über „Ankunft“, „Entdeckungsphase/Euphorie“, „Emüchterung/Enttäuschung/Entfremdung“, „Eskalation/Kulturschock“ bis zu Phase 6 „Jahr 1 bis 2 – Anpassung“) illustriert nachdrücklich die Herausforderungen und Chancen des Integrationsprozesses für individuelle FAM sowie für die deutsche Bevölkerung.

Eine zentrale Herausforderung beschäftigt sich mit der Frage, wie der deutsche Spracherwerb bei FAM verbessert werden kann. Während Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe sich zunehmend für Flüchtlinge als Arbeitnehmer öffnen, setzen sie jedoch das Beherrschen der deutschen Sprache in vielen Fällen voraus. Neben der Sprache werden Kenntnisse über implizite kulturelle Verhaltensweisen teilweise erwartet, so zum Beispiel im Umgang mit Hierarchien oder Kommunikationsweisen.

Vorbereitungskurse

Der Lösungsansatz ist laut ICUnet in der Kombination von Sprachunterricht und kulturellen Vorbereitungskursen zu suchen. In einem Pilotprojekt des Wirtschaftsforums Passau in Kooperation mit der ICUnet.AG wurde ein Curriculum für Flüchtlinge, Asylbewerber und Migranten konzipiert und durchgeführt, das sowohl Sprach- als auch interkulturelle Qualifizierungen (IQ) umfasste. Hierbei stellte man fest, dass das Zusammenwirken beider Komponenten einen messbar positiven Einfluss auf den Lernerfolg hatte. Dieses Programm wurde unter dem Arbeitstitel „Passauer Modell“ präsentiert.

Konkret heißt dies, dass durch das Erlernen zentraler Werte und kulturbedingter Begriffe wie deutsches Zeitverständnis und insbesondere deutsche Pünktlichkeit, hohe Sachorientierung oder deutsche Präzision die deutsche Kultur für Flüchtlinge und Migranten greifbar gemacht wird. Neben der ersten Sensibilisierung wird eine Basis für das Verständnis der deutschen Kultur sowie Sprache geschaffen. Teilnehmende Flüchtlinge und Migranten schlossen im Schnitt mit einer

Note besser ab als Teilnehmer ohne interkulturelle Vorab-Qualifizierung und fanden im Anschluss schneller einen Ausbildungsplatz.

Aufklärung

„Aufklärung und realistische Darstellung der Chancen und Risiken“ ist eine weitere, im Strategiepapier beschriebene Herausforderung. Dort heißt es: „Ein realistisches Bild des Ziellandes ist absolut notwendig, um die Erwartungen von Flüchtlingen nicht fehlzuleiten. Integration funktioniert nicht in nur eine Richtung gewandt, daher ist es wichtig, auch die deutsche Bevölkerung entsprechend über die Herkunftsregionen der FAM aufzuklären, um wechselseitiges Verständnis zu generieren. Dazu gehören insbesondere Sensibilisierung und Aufklärungsmaßnahmen über Werte und Religion aus den Heimatländern der FAM.“

Wissenstransfer

Um Schwierigkeiten der Integration vergangener Einwanderungswellen zu vermeiden, empfiehlt die ICUnet.AG die Weitergabe von Erfahrungen und Wissenstransfer. „Fakten alleine werden FAM in der großen Mehrzahl nicht überzeugen, Geschichten jedoch sehr wohl. Das heißt, dass insbesondere Zuwanderer vorheriger Generationen als Vorbilder für Integration dienen können. Es ist authentischer, aber auch inspirierender und motivierender, persönliche Erfolgsgeschichten von Personen zu verfolgen, die einen ähnlichen Hintergrund haben wie FAM.“

Vor allem für die mittel- bis langfristige Integration von Flüchtlingen ist Bildung das vielleicht entscheidendste Kriterium. Lösungsansätze sind aus Sicht von ICUnet die Schaffung von Schulplätzen, die adäquate Ausbildung und Einstellung von Lehrkräften sowie die bedarfsgerechte Ausbildung der Flüchtlingsschüler.

Überdies werden als Rahmenbedingungen für erfolgreiche Integration die Schaffung von Be-

gegnungsplattformen, die Interkulturelle Öffnung deutscher Behörden/Institutionen und die Einbeziehung muslimischer Gemeinden als Facilitator genannt.

Neben den Bereichen Gesundheit (Wie reagiert man auf den Zustrom Hunderttausender Flüchtlinge, die, wenn sie es bis nach Deutschland geschafft haben, zum Teil gesundheitlich unterversorgt ankommen?) und Infrastruktur (Gemeinschaftsunterkünfte sind keine Dauerlösung) führt das Strategiepapier die politische Partizipation als wichtige Rahmenbedingung für Integrationsprozesse an. Die Gesellschaft müsse neue Wege bereiten, um Flüchtlingen frühzeitig die Möglichkeit zu geben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Nur so lasse sich die Bildung von Parallelgesellschaften verhindern.

Positive Signale

„Unternehmen als Motor der Integration“ lautet eine weitere Handlungsempfehlung. Laut ICUnet senden bereits verschiedene Unternehmen positive Signale: So führen bereits erste große Arbeitgeber wie BMW umfangreiche Programme rund um eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration durch. Konkret werden hier in einem Pilotprojekt „Integrationswelt Leben und Arbeiten in Deutschland“ 250 FAM in Praktika integriert. Hier leistet die ICUnet.AG durch zielgerichtetes On-Boarding Unterstützung.

Bedarfsanalyse

„Um Planungssicherheit für Unternehmen herzustellen und damit einen Beitrag für eine erweiternde Bereitschaft, Flüchtlinge auszubilden, herzustellen, ist die von der Wirtschaft massiv geforderte 3+2-Regelung sinnvoll“, heißt es in dem Papier. Das Schaffen einer Bleibe-Perspektive wirke sich zudem positiv auf Engagement und Lernbereitschaft von FAM aus. Zudem müssten potenziell besonders relevante Berufsbilder identifiziert werden. In diesen Branchen seien Integrationsleistungen besonders zu fördern und zu honorieren.

Aus demographischen Gründen werden an dieser Stelle Pflegeberufe sowie Tätigkeiten im Handwerk hervorgehoben - je-

Bezirkstag von Mittelfranken:

Hohe Pro-Kopf-Verschuldung

Die Vorstellung des Haushaltsentwurfs für 2017 sowie die Verabschiedung zweier Resolutionen standen auf der Agenda der jüngsten Sitzung des Bezirkstags von Mittelfranken.

Laut Bezirkskämmerer Fritz Weispfenning soll der Gesamthaushalt 886,5 Millionen Euro umfassen, rund 64 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. 86 Prozent des Verwaltungshaushalts, nämlich 745,2 Millionen Euro, fließen in den Bereich Soziales. Der Sozialetat steigt damit um 51 Millionen Euro, allein 459 Millionen Euro entfallen beispielsweise auf die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung.

Sanierungsbedarf

Der Haushalt ist bei gleichbleibendem Hebesatz der Bezirksumlage, die von den kreisfreien Städten und Landkreisen an den Bezirk überwiesen wird, von 22,9 Prozent nicht ausgeglichen. Insgesamt ist der Bezirk Mittelfranken mit 52,7 Millionen Euro verschuldet, das Kommunalunternehmen Bezirkskliniken Mittel-

franken mit weiteren 31,5 Millionen Euro. Unter den sieben bayerischen Bezirken hat Mittelfranken mit 49 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung. Dies liegt auch daran, dass der Bezirk Mittelfranken Träger vieler Bildungseinrichtungen ist und an einigen ein langjähriger Sanierungsbedarf bzw. Investitionsstau besteht.

Baumaßnahmen

Im Vermögenshaushalt, der 24,5 Millionen Euro beträgt, sind 14,7 Millionen Euro für Baumaßnahmen vorgesehen. Das Geld ist erneut größtenteils für die Sanierung des Zentrums für Hörgeschädigte veranschlagt, mit 4,4 Millionen Euro ist 2017 die Erweiterung des Bezirksrathauses in Ansbach beziffert. In die Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf fließen 2,1 Millionen Euro; hier stehen die Modernisie-

Liebe Leserinnen und Leser,

keine Allgemeinsätze, sondern konkrete Lösungsansätze und Handlungsmöglichkeiten – diese Forderungen habe ich in meiner Kolumne für die Bayerische Gemeindezeitung in Nr. 11/2016 an das geplante Integrationsgesetz gestellt. Mittlerweile ist das Integrationsgesetz des Bundes in Kraft getreten. Darauf basierend wurde die Asyldurchführungsverordnung, kurz DV-Asyl, überarbeitet. Die Neufassung ist zum 1. September ebenfalls in Kraft getreten – Zeit, um eine erste Bilanz zu ziehen. Erfüllt das 10-seitige Papier auch in der Verwaltungs-Praxis die Erwartungen und Forderungen?



schon Schulterchluss aller Kommunen.

Kritisch zu hinterfragen sind zudem die erhöhten pauschalen Gebühren für die Inanspruchnahme staatlicher Unterkünfte. Denn die Steigerung trifft vor allem diejenigen Asylbewerber, die über ein eigenes Einkommen verfügen und für ihr Geld hart arbeiten.

Ein weiterer Aspekt ist der erhöhte Personalbedarf in den Ausländerbehörden durch die Übertragung neuer Aufgabenfelder. Der personalbedingte Mehraufwand verbleibt bei den Landkreisen und kreisfreien Städten. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Als Fazit kann man bislang ziehen, dass die Neuerungen in der Asyldurchführungsverordnung durchaus gute Ansatzpunkte enthalten. Die konkrete Umsetzung freilich ist noch verbesserungswürdig. Die nächsten Monate werden zeigen, ob die neue Verordnung als Erfolg gewertet werden kann. Wichtig ist, dass der Kerngedanke einer gerechten Lastenverteilung und der Vermeidung von Parallelgesellschaften niemals aus den Augen verloren wird.

Die quantitative Verteilung durch die Wohnsitzauflage ist die eine Seite. Daneben darf jedoch auch die qualitative Integrationsförderung – gerade auch in ländlichen oder strukturschwachen Räumen – nicht vernachlässigt werden. Daher werde ich nicht müde, mich für eine koordinierende Integrationsberatung einzusetzen. Ziel ist eine Weiterentwicklung der derzeitigen Asylsozialberatung zu einer ganzheitlichen Integrationsberatung, die an die Unterstützungsbedarfe der bereits anerkannten Asylbewerber sowie an ihr soziales Umfeld wie Gemeinden, Ehrenamtliche, Bildungseinrichtungen und Unternehmen anknüpft.

Dies ermöglicht uns, Probleme frühzeitig zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Dazu bedarf es auch einer hauptamtlichen Koordination und Unterstützung. Denn die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer dürfen keinesfalls überfordert werden. Wir brauchen beides – Hand in Hand. Die Förderung muss daher unbedingt ausgebaut und angepasst werden. Nur so können wir den bisher erfolgreich eingeschlagenen Weg auch weitergehen und gemeinsam mit den Ehrenamtlichen und der Gesellschaft insgesamt eine funktionierende Integration umsetzen.

Georg Huber

Landrat des Landkreises Mühldorf am Inn

Erste Bilanz zum DV-Asyl

Die wichtigste Änderung ist die Wohnsitzpflicht für anerkannte Asylbewerber. Das heißt, die Regierungen in Bayern dürfen nun unter Berücksichtigung der Aufnahmequoten sowie der bisher geleisteten Integrationsarbeit den Flüchtlingen einen Wohnsitz vorschreiben. Dabei handelt es sich keineswegs um einen Akt der Bevormundung der Asylbewerber. Vielmehr ist dieses Verfahren ein wichtiger Baustein zur Vermeidung sozialer Brennpunkte und somit letzten Endes auch eine Maßnahme zur Förderung der Integration.

Denn Unzufriedenheit und Unsicherheit entstehen unter anderem auch dort, wo Bürgerinnen und Bürger bzw. die Verantwortungsträger vor Ort das Gefühl haben, dass die Lasten ungerecht verteilt werden. Damit Integration auch auf lange Sicht gelingen kann, muss ein rechtlicher Rahmen festgelegt werden, um keine Kommune zu überfordern. Dazu gehört auch, dass die Städte, Märkte und Gemeinden mit den Kosten nicht allein gelassen werden.

Etwas vage bleibt die Verordnung bei der Durchgriffsmöglichkeit gegenüber Gemeinden. Einzelne Gemeinden können sich auch weiterhin der Aufnahme von Flüchtlingen entziehen, wenn sie keinen Wohnraum bereitstellen. Wer bisher jedoch ohne Pflicht Flüchtlinge aufgenommen hat, darf auf keinen Fall dauerhaft einen Nachteil davon tragen. Dies geht zu Lasten der anderen Kommunen, die dadurch ihre Quoten übererfüllen. Es braucht daher unbedingt einen solidari-

doch ohne sich auf diese beiden Bereiche beschränken zu wollen. Eine fundierte Bedarfsanalyse und entsprechende Weichenstellungen, etwa durch das Schaffen von Kapazitäten im Berufsbildungsbereich, sind nach Auffassung der ICUnet.AG vor diesem Hintergrund notwendig.

Weitere Informationen unter: <http://www.icunet.ag> DK

Kosten nicht erstattet, bleiben die Bezirke auf Millionenbeträgen sitzen.

Refinanzierung gefordert

Im diesjährigen Haushalt des Bezirks Mittelfranken sind sieben Millionen Euro für die jungen Volljährigen veranschlagt, tatsächlich rechnet Kämmerer Fritz Weispfenning aber mit Kosten in Höhe von 14,2 Millionen Euro. Für 2017 prognostiziert er eine weitere Steigerung dieses Personenkreises um 25 Prozent, das wären insgesamt Ausgaben in Höhe von 19,4 Millionen Euro, was 0,94 Hebesatzpunkten Bezirksumlage entspräche. Der mittelfränkische Bezirkstag fordert vom Freistaat Bayern eine Refinanzierung des Millionenbetrages und appelliert an die Städte, Landkreise und Gemeinden, die Resolution zu unterstützen. Eine Verlautbarung gleichen Inhalts hatte der Hauptausschuss des Bayerischen Bezirkstages bereits vor kurzem in Triesdorf verabschiedet.

Bundesteilhabegesetz

Nachbesserungen sind laut mittelfränkischem Bezirkstag auch beim Bundesteilhabegesetz gefordert. Mit Blick auf den von der Bundesregierung im Juni diesen Jahres beschlossenen Entwurf zu einem „Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen“ begrüßt der Bezirkstag zwar die Bemühungen der Bundesregierung, ein Bundesteilhabegesetz auf den Weg zu bringen, sieht aber Nachbesserungsbedarf, weil

der Gesetzesentwurf die Erwartungen von Menschen mit Behinderung auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe nur unzureichend erfülle.

Resolution mit sieben Forderungen

Die nun verabschiedete Resolution umfasst folgende Forderungen:

1. Die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf bei der Inanspruchnahme der Leistungen der Pflegekasse ist zu beenden.

2. Die Schnittstelle zwischen den Leistungen der Eingliederungshilfe und den Leistungen zur Pflege muss transparent und eindeutig gesetzlich festgeschrieben sein.

3. Alle Menschen mit Behinderung sollen am Arbeitsleben teilnehmen können.

4. Eine selbstbestimmte Lebensführung ist durch eine weitergehende Privilegierung von Einkommen und Vermögen zu stärken.

5. Die Herstellung inklusiver Lebensverhältnisse ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an deren Kosten sich der Bund beteiligen und einen Beitrag zur Entlastung der Träger der Eingliederungshilfe leisten muss.

6. Der Personenkreis der leistungsberechtigten Menschen mit Behinderung darf nicht eingeschränkt werden.

7. Es darf zu keinen Leistungseinschränkungen und Leistungskürzungen kommen. Standards in der Eingliederungshilfe dürfen durch das Bundesteilhabegesetz nicht abgesenkt werden. DK

Bayerns Wirtschaft:

Wachstumsmotor in Deutschland

Bayerns Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 2016 Wachstumsspitzenreiter aller deutschen Länder und wird auch im zweiten Halbjahr überdurchschnittlich wachsen. Diese Prognose gab Wirtschaftsministerin Aigner jüngst im Kabinett ab. Mit einem Plus von 3,3 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem 1. Halbjahr 2015 liegt Bayern deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 2,3 Prozent.

Auch die mittel- und langfristige Betrachtung zeigt, dass das Wachstum dauerhaft und dynamisch ist. So war Bayern im Fünf-Jahres-Zeitraum 2010/2015 mit +12,3 Prozent Wachstum, im 15-Jahreszeitraum 2000/2015 mit +27,7 Prozent Wachstum und im 20-Jahres-Zeitraum 1995/2015 mit +46,7 Prozent Wachstum jeweils Wachstumsspitzenreiter und liegt nur im 10-Jahres-Zeitraum 2005/2015 auf Platz 2 hinter Berlin.

Ministerin Aigner: „Bayern ist Deutschlands Wachstumsmotor. Eine solche Bilanz kann kein einziges anderes Land auch nur ansatzweise aufweisen. Dabei ist das Wachstum natürlich kein Selbstzweck. Wichtig ist, dass die wirtschaftliche Dynamik auch bei den Menschen ankommt. Beste Beschäftigungschancen, überdurchschnittliche Einkommen und die niedrigste Arbeitslosigkeit unter allen Ländern zeigen: Von der enormen wirtschaftlichen Dynamik profitieren die Menschen in allen Landesteilen des Freistaates.“

Gründerland mit effektiver Ansiedlungspolitik

Neben der soliden bayerischen Wirtschaft sind nach den Worten der Ministerin drei Faktoren dafür entscheidend, dass Bayern Spitzenreiter bleibt: „Erstens ist Bayern als Gründerland erfolgreicher als andere Bundesländer. Dieses Potenzial werden wir weiter nutzen. Zweitens bietet Bayern auch für internationale Unternehmen beste Bedingungen. Durch unsere erfolgreiche Ansiedlungspolitik fördern wir Investitionen und schaffen Arbeitsplätze. Und drittens sind wir als Innovationsstandort führend. Mit 32 Prozent stammen bundesweit die meisten Patentanmeldungen aus Bayern. Um Innovationen noch gezielter zu unterstützen, werden wir den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, auf 3,6 Pro-

zent erhöhen. Durch den Wachstumsplan Bayern - Weltspitze mit BAYERN DIGITAL, den das Kabinett bei der Klausur in St. Quirin verabschiedet hat, lösen wir einen weiteren Modernisierungsschub aus und machen Bayerns Wirtschaft fit für die Digitalisierung.“ Die Wirtschaftsministerin zeigte sich optimistisch, dass sich die wirtschaftliche Dynamik in Bayern auch in der zweiten Jahreshälfte 2016 fortsetzt. So bewegt sich das ifo-Geschäftsklima nach wie vor auf hohem Niveau und Auftragsengpässe, Produktion und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe liegen deutlich über dem Vorjahresniveau.

Vorwärtsstrategien für...

(Fortsetzung von Seite 1) staat soll die Ende 2016 auslaufenden Förderprogramme zur Verbesserung der Informationssicherheit in den Kommunen im Doppelhaushalt 2016/2017 verlängern und die Beratungsangebote für die Landratsämter deutlich ausweiten.“

Sowohl Bund als auch Freistaat sollen die Landkreise zudem beim weiteren Ausbau der Breitbandversorgung unterstützen. Glasfaserausbau ist nach Auffassung des Bayerischen Landkreistags eine Grundvoraussetzung für die künftige Leistungsfähigkeit und die Attraktivität der kommunalen Infrastruktur. 95 Prozent der bayerischen Kommunen befinden sich bereits im Förderverfahren des Bayerischen Breitbandförderprogramms.

Unter den Landkreisen herrscht Einigkeit darüber, dass die nach Auslaufen der Förderprogramme verbleibenden Versorgungslücken mit Unterstützung des Freistaats schnellstmöglich geschlossen werden müssen. „Die Zukunftsfähigkeit unserer Landkreise wird sich an unserer Befähigung und Bereitschaft entscheiden, uns den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft zu stellen“, machte Bernreiter deutlich.

Die Hochwasser- und Unwetterereignisse im Mai/Juni 2016 haben in zahlreichen bayerischen Landkreisen erhebliche Sachschäden verursacht und auch Todesopfer gefordert. Besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde der Landkreis Rottal-Inn; dort musste vom 1. bis 24.

Juni 2016 der Katastrophenfall festgestellt werden. Auch die Landkreise Ansbach, Cham, Dillingen-Landau, Freyung-Grafenau, Kelheim, Landshut, Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim, Passau, Regen, Straubing-Bogen, Weilheim-Schongau, Weißenburg-Gunzenhausen und Würzburg waren stark betroffen.

sondere Notsituation gerät“, erklärte der Präsident. Im Vorfeld zur diesjährigen Landrätetagung hatte sich das Präsidium des Bayerischen Landkreistags mit den vom Umweltministerium vorgelegten Eckpunkten für eine Strukturreform des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung befasst. Danach soll zur

Für alle Opfer des Hochwassers wurde auf Anregung von Landkreistagspräsident Christian Bernreiter ein Spendenkonto beim Bayerischen Landkreistag eingerichtet. Alle 71 Landräte haben einen symbolischen Betrag von 100 Euro gespendet. Insgesamt sind in den vergangenen Monaten auf dem Spendenkonto 275.632,10 Euro zusammengekommen, die jetzt an die Betroffenen ausgereicht werden können.

Hochwasseropfer

Schätzungen zufolge sind im Landkreis Rottal-Inn Schäden in Höhe von rund 1 Mrd. Euro entstanden. Die Hochwasser- und Unwetterereignisse haben in mehr als 15 Mal stärker getroffen als andere Landkreise. Aufgrund der Schwere und des Ausmaßes der Schäden beschloss das Präsidium des Bayerischen Landkreistags nunmehr, die eingegangenen Spendengelder vollständig an den Landkreis Rottal-Inn zur weiteren Verteilung an die Geschädigten vor Ort auszuspendieren. „Die Hochwasserschäden im Landkreis Rottal-Inn waren enorm. Es ist richtig, dass alle Landkreise zusammenstehen, wenn einer in eine be-

sondere Notsituation gerät“, erklärte der Präsident. Im Vorfeld zur diesjährigen Landrätetagung hatte sich das Präsidium des Bayerischen Landkreistags mit den vom Umweltministerium vorgelegten Eckpunkten für eine Strukturreform des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung befasst. Danach soll zur

Laut Bayerischem Industrie- und Handelskammertag sind die Unternehmen mit ihrer aktuellen Geschäftslage so zufrieden wie noch nie seit Beginn der Umfrage vor 23 Jahren.



Ilse Aigner.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

Steigende Kosten

Kritik geübt wurde zudem an dem eklatant steigenden Kosten für den Neubau des Chemikums der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg. Der Neubau wird um rund 35 Prozent teurer als ursprünglich geplant und soll mehr als 108 Millionen Euro kosten. 2008 wurde das Gesamtbudget auf 80 Millionen Euro taxiert.

Ein weiterer Fall: Der Bezirk Oberbayern beabsichtigt, für sein Freilichtmuseum Glentleiten im oberbayerischen Voralpenland zwischen Mumau und Kochelsee ein neues Eingangsgebäude mit integrierter Gaststätte zu errichten. Dabei sind schon im Planungsstadium die Kosten davongelaufen. Das neue Eingangsgebäude für die oberbayerische Bildungseinrichtung droht mit rund 13,5 Millionen Euro deutlich teurer zu werden als die geplanten 7,5 Millionen Euro. Bezahlt wird das

Kontrolle von Großbetrieben eine neue Kontrollbehörde mit zwei Außenstellen geschaffen werden. Kleinere Betriebe sollen in der Zuständigkeit der Landratsämter bleiben. Rund 1.000 komplexe Betriebe werden künftig in den Kontrollbereich der staatlichen Sonderbehörden fallen.

Tragfähiger Kompromiss

Mit der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Kontrollbehörde und den Landratsämtern wird nach Überzeugung der Landräte ein tragfähiger Kompromiss zwischen dem für Großbetriebe notwendigen Spezialwissen und der für kleinere Betriebe sinnvollen Ortsnähe getroffen. Laut Bernreiter gibt es natürlich auch bei diesem Modell Überschneidungen. Auf Wunsch der Staatsregierung blieben die amtlichen Tierärzte beim Landratsamt angestellt. Wenn dieser künftig in einem Großbetrieb einen Hygienemangel feststellt, treffe er die Anordnung zur Beseitigung der Mängel im Namen der Kontrollbehörde, nicht im Namen des Landratsamtes.

„Trotz solcher Detailfragen sind wir überzeugt, dass dieser Kompromiss den anderen bisher in die Diskussion eingebrachten

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

neue Eingangsgebäude aus Mitteln des Bezirks Oberbayern sowie durch Fördermittel. Auch wenn der Bezirk Oberbayern davon ausgeht, dass „die Pachteinnahmen einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung des Gastronomiegebäudeteils leisten“, täuscht dies nach Ansicht des BdSt nicht darüber hinweg, „dass wieder einmal die bayerischen Steuerzahler für die gewaltige Kostensteigerung aufkommen werden müssen“.

Politourismus

Ihr „Fernweh“ stillen in diesem Frühjahr elf Mitglieder des 18-köpfigen Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen des Bayerischen Landtags. Sie reisten nach Kuba. 15 Mitglieder des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen hatten Sehnsucht nach Fernost: Sie reisten nach Japan. Und zwölf Mitglieder des aus 18 Abgeordneten bestehenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege bereisten die Vereinigten Arabischen Emirate. Keineswegs möchte der Bund der Steuerzahler den bayerischen Abgeordneten einen Blick über den Tellerrand verweigern. Dennoch stellt er die Frage: Ist dieser Politourismus trotz offenbar sparsamen Reisens den Steuerzahlern als Financiers unseres Staates noch vermittelbar?

Fehlgeleitete Fördermittel werden im Fall der Gemeinde Poing (Landkreis Ebersberg) angeprangert. Diese bezuschusste zwischen 2011 und 2014 den örtlichen Diakonieverein mit einer Million Euro. Eine zweite Million gab es durch staatliche Fördermittel. Anlässlich einer Routineprüfung fiel dann aber auf, dass der Diakonieverein über längere Zeit hinweg – neben weiteren Verstößen – falsche Angaben über die Anzahl der Fachkräfte, die Anzahl der betreuten Kinder und über die Buchungszeiten gemacht hatte. Dadurch wurden die Fördervoraussetzungen manipuliert, auf deren Richtigkeit im online-gestützten Antrags- und Abrechnungsverfahren, dem sog. Kibig.web sich die Gemeinde stets verlassen hatte. Die Gemeinde musste eine Million Euro an den Staat zurückzahlen. Die andere Million sieht sie wohl auch nicht wieder. Zwischenzeitlich wurde die ehemalige Vorsitzende des Vereins wegen schweren Betrugs verurteilt.

Nach erfolglosen Verwaltungsgerichtsprozessen musste am Ende die Gemeinde Poing für die

Modellen überlegen ist“, bemerkte der Verbandschef.

Die Staatsregierung hatte nach dem sog. Bayern-Ei-Skandal zunächst auf der Grundlage eines Gutachtens des Obersten Rechnungshofes überlegt, die Zuständigkeit für das amtliche Veterinärwesen und die Lebensmittelüberwachung vollständig von den Landratsämtern auf zwei Regierungen mit 25 Außenstellen zu übertragen. „Damit wäre die Ortsnähe für die kleineren und mittelgroßen Betriebe dahin gewesen. Auch die Verwaltungskompetenz der Landratsämter wäre verloren gegangen. Die in vielen Fällen notwendige Zusammenarbeit zwischen verschiedenen auf der Kreisstufe angesiedelten Behörden wäre erschwert worden“, erläuterte Bernreiter.

Das Ministerium beabsichtigt, Anfang November den Entwurf für eine Verordnung vorzulegen. „Wir hoffen, dass mit dieser Strukturreform eine entscheidende Verbesserung eintritt. Aber auch damit wird man Lebensmittelkandale in der Zukunft leider nicht vollkommen ausschließen können. Eine totale Sicherheit gibt es leider nicht und kann auch nicht durch eine noch so gute amtliche Kontrolle erreicht werden“, führte Bernreiter aus. **DK**

Unregelmäßigkeiten des Diakonievereins geradestehen und die staatlichen Zuschüsse zurückzahlen. Die von ihr gewährten Zuschüsse aus eigenen Haushaltsmitteln kann sie bei dem Diakonieverein nur im Rahmen der Insolvenzabwicklung geltend machen. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte jedoch dabei auch nicht viel herauskommen. Die Verantwortliche wurde wegen schweren Betrugs verurteilt, letztlich werden aber die rund 2 Mio. Euro verloren sein.

Als Draufzahlgeschäft für die Steuerzahler hat sich die Ilztalbahn-Anschlussbuslinie entpuppt. Im Zuge eines grenzüberschreitenden Verkehrskonzepts wurde die in den 1980er Jahren stillgelegte Bahn, die vom Hauptbahnhof Passau über das Ilztal und das Osterbachtal nach Waldkirchen und schließlich zu ihrem Endbahnhof nach Freyung verkehrt, reaktiviert und in Millionenhöhe – auch aus EU-Mitteln – bezuschusst. Da der „Geisterbus“ durchschnittlich allerdings nur zwei Personen pro Fahrt befördert, bleibt der Landkreis Freyung-Grafenau auf einem jährlichen Defizit von mehr als 68.000 Euro sitzen.

Einen Reifall erlebten die Stadtwerke Zwiesel, ein Eigenbetrieb der Stadt Zwiesel, mit ihrem neuen Hackschnitzelheizwerk. Die Gesamtverluste aus diesem Projekt belaufen sich für die Jahre 2011 bis 2015 auf über eine Million Euro und steigen mit jedem weiteren Betriebsjahr. Ursachen für dieses Defizit waren u. a. fehlerhafte Grundlagenermittlung beim Wärmebedarf, falsche betriebswirtschaftliche Berechnungen, zu große Dimensionierung der Fernwärmeleitung sowie fehlende vertragliche Absicherung von potenziellen Abnehmern und Kunden vor dem Leitungsbau. Offenbar hat man in Zwiesel aus diesem „Draufzahlgeschäft“ jedoch nichts gelernt, so der BdSt, denn die Einstellung des Betriebszweigs „Fernwärme“ werde nach wie vor von einer großen Mehrheit der Werksausschussmitglieder und auch vom Stadtrat abgelehnt. Eine Trendwende sei derzeit nicht in Sicht.

Insgesamt rät der Steuerzahler-Bund zu genauerem Arbeiten. Wie Präsident Rolf von Hohenhausen betonte, „wollen wir nicht den Eindruck erwecken, dass alles, was die öffentliche Hand macht, schlecht ist“. Fakt sei aber: Rund fünf Prozent öffentlicher Ausgaben versickerten im Nichts. **DK**

Gelebte Werte...

(Fortsetzung von Seite 1) Dritte Preise bekamen Radio LORA, München und Radio Z / R.A.D.I.O. e.V., Nürnberg, überreicht. LORA München ist seit 1993 ein unabhängiges, nicht-kommerzielles Community Radio (Bürgerradio). Sein Themenspektrum reicht von Wirtschaft und Sozialem über Ökologie und Gesundheit bis hin zu Eine Welt und multikulturellem Miteinander sowie Kultur.

Durch die ehrenamtliche Mitarbeit wird bürgerschaftliches Engagement gefördert und trägt zu demokratischer Teilhabe und Medienvielfalt bei. Bei Radio Z bekommen Minderheiten eine Stimme, zum Beispiel mit dem Projekt „Radio Ohrenblicke“, bei dem Blinde und Sehbehinderte Radiosendungen gestalten oder bei „Refugees Welcome“, bei dem Flüchtlingen eine medienpädagogische Fortbildung angeboten wird.

Unabhängiges Radio

Bei LORA München engagieren sich über 250 ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Knapp 50 Vereine und Initiativen gestalten ein regelmäßiges Programm. Das Radio bietet den verschiedensten gesellschaftlichen Organisationen eine Plattform und hat eigens zwei Redaktionen für Menschen mit Behinderung und drei Redaktionen für vielfältige sexuelle Orientierungen. Darüber hinaus ermöglicht der Radiosender eine Ausbildung für Jugendliche und Erwachsene und arbeitet mit Migrantinnen und Migranten zusammen.

Ein nichtkommerzielles und unabhängiges Radioformat, das sich alleine dem gesellschaftlichen Mehrwert verschrieben hat, ist auch Radio Z aus Nürnberg.

Der Sonderpreis ging schließlich an die Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus „Wunsiedel ist bunt“. Sie bringt die verschiedenen Akteure gegen Rechtsextremismus zusammen, vernetzt sie und stärkt dadurch ihr Engagement. So findet über die Initiative ein Austausch zu aktuellen Tendenzen und Entwicklungen der rechten Szene in der Region Wunsiedel statt.

Wunsiedel ist seit der Errichtung der Grabstätte von Rudolf Heß im Jahr 1987 ein Ort für Aufmärsche Rechtsextremer, auch wenn die Grabstätte zwischenzeitlich aufgelöst wurde. Die Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus organisiert außerdem Aktionen wie den Spendenlauf „rechts-gegen-rechts“ oder die jährlich stattfindende Protestaktion gegen die rechte Szene. **DK**

Gemeindefinanzbericht 2016:

Integration fair finanzieren

Bei der Präsentation des Gemeindefinanzberichts 2016 des Deutschen Städtetages unter dem Titel „Integration fair finanzieren – gute Ansätze weiterverfolgen“ appellierte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy eindrucklich an die Koalitionsfraktionen, im laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Entlastung der Kommunen den vorgeschlagenen Entlastungsweg noch einmal zu überdenken. Dann könne finanziell besonders belasteten strukturschwachen Städten besser geholfen werden.

Schwerpunkte des Gemeindefinanzberichts 2016 des Deutschen Städtetages und der gleichzeitig erscheinenden Kurzfassung „Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2016“ sind die Entlastung der Kommunen, finanzrelevante Aspekte des Flüchtlingszuzugs sowie die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen. Angesprochen werden auch die Reform der Grundsteuer, die Rechtsprechung zur Konnexität oder das kommunale Zinsmanagement in Zeiten negativer Zinsen. Hinzu kommen im Gemeindefinanzbericht eine Vielzahl von Daten, Zahlen und Analysen zur aktuellen Finanzlage der Kommunen und zu ihrer voraussichtlichen Entwicklung in den kommenden Jahren. Im Gemeindefinanzbericht sind außerdem die politischen Verhandlungen und Entscheidungen zur Fortentwicklung der jeweiligen kommunalen Finanzausgleichssysteme in den einzelnen Bundesländern nachgezeichnet.

Höhere Einnahmen und Ausgaben

Im Jahr 2016 geht der Deutsche Städtetag insgesamt von kommunalen Einnahmen in Höhe von 231 Milliarden Euro aus (ohne zusätzliche Bundesmittel) – das sind plus 5,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Er rechnet mit Ausgaben von ebenfalls 231 Milliarden Euro, was einem Anstieg um 7,4 Prozent entspricht.

Bei den kommunalen Steuereinnahmen wird für 2016 aufgrund von Einmaleffekten eine Steigerung um lediglich 0,9 Prozent erwartet, im Jahr 2017 kompensierend von 8,2 Prozent. Die kommunalen Steuereinnahmen erreichen im Jahr 2016 voraussichtlich das Volumen von 85,6 Milliarden Euro. Der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen beträgt im Jahr 2016 lediglich 37 Prozent.

Der Finanzierungssaldo der

Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe:

In Sorge um das „Geschäftsmodell“ der deutschen Volkswirtschaft

Der Wirtschaftsstandort Deutschland muss seine spezifischen Stärken auch in Zeiten weltweiter Umbrüche bewahren. Dies ist eine Kernaussage eines aktuellen Positionspapiers, das die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe in Berlin veröffentlicht haben.

Die deutsche Wirtschaft zeichne sich durch ihre mittelständischen und dezentralen Strukturen, eine hohe Exportorientierung und eine Stabilitäts- und Langfristkultur beim Ausgleich von Interessen, bei den Staatsfinanzen und bei der Mittelstandsfinanzierung aus. „Dieses erfolgreiche Geschäftsmodell kann auch in den kommenden Jahren gültig bleiben“, so Dr. Michael Wolgast, Chefvolkswirt des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). Zur Sicherung des „Geschäftsmodells Deutschland“ müssten aber vor allem öffentliche und private Investitionen erheblich gesteigert werden.

In der deutschen Wirtschaft dürfe darüber hinaus die Digitalisierung nicht „verschlafen“ werden, und die Potenziale des Dienstleistungssektors müssten besser genutzt werden – so eine weitere Aussage der Studie. „Insofern erfordern neue Technologien und Dienstleistungen weitere Investitionen in Infrastruktur,

Gesamtheit der Kernhaushalte der Städte, Landkreise und Gemeinden ist im Jahr 2016 voraussichtlich ausgeglichen. Das Vorjahresniveau wird auch im kommenden Jahr nicht erreicht. Die Kassenkredite in den Kernhaushalten der Kommunen belaufen sich zum Jahresende 2015 auf 49,6 Milliarden Euro. Sie verharren damit auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

Soziale Leistungen

Bei den kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen sind insbesondere aufgrund des Flüchtlingszuzugs, aber auch wegen eines andauernden, konjunkturnabhängigen überproportionalen Aufwuchses vieler Ausgabenartiger Steigerungen gegenüber dem Vorjahr von 9,7 Prozent zu erwarten. Die Sozialausgaben erhöhen sich in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um mehr als 6 Milliarden Euro auf 59 Milliarden Euro. Gegenüber dem Jahr 2014, das noch nicht durch einen starken Flüchtlingszuzug geprägt war, bedeutet dies eine Steigerung von knapp 10 Milliarden Euro.

Die Städte begrüßen daher, dass der Bund die Kommunen ab dem Jahr 2018 um 5 Milliarden Euro entlasten will. Um die wachsenden Unterschiede zwischen wirtschaftsstarke und finanzschwache Kommunen zu verringern, müssen allerdings besonders die hohen Belastungen der strukturschwachen Kommunen durch Sozialausgaben verringert werden. Das wird mit dem aktuell vorgeschlagenen Entlastungsweg nicht hinreichend erfüllt, weil die Regierung zu sehr auf einen höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer setzt. Zielgerichteter wäre es, wenn der Bund seine Beteiligung an den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger so stark anhebt, dass die Entlastung der Kommunen vollständig über diesen Weg erfolgt“, erklärte Dedy.

Bei den Investitionen war

2015 ein Rückgang um 0,9 Prozent auf 22 Milliarden Euro zu verzeichnen, dem im laufenden Jahr überproportionale Steigerungen gegenüberstehen: Für das Jahr 2016 wird mit einem Wachstum der Sachinvestitionen von 14,2 Prozent auf 25,2 Milliarden Euro gerechnet. Die Investitionstätigkeit der Kommunen reicht nicht aus, um den auf kommunaler Ebene bestehenden erheblichen Investitionsstau mittelfristig abzubauen zu können.

Der Deutsche Städtetag weist darauf hin, dass sich die bisherigen und zusätzlichen Mittel des Bundes zur Finanzierung sozialer Leistungen in der Kommunalfinanzstatistik nicht als Rückgang auf der Ausgabenseite auswirken. Sie erhöhen vielmehr die kommunalen Einnahmen. Das gilt auch für die schrittweise Übernahme der Kosten der Grundsi-

Finanzmarktregulierung:

DSGV plädiert für Paradigmenwechsel

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat sich für einen Paradigmenwechsel in der Finanzmarktregulierung ausgesprochen. „Finanzmarktstabilität erforderte in den vergangenen Jahren, durch Auflagen und Verbote die Finanzmärkte sicherer zu machen. Jetzt ist es im Interesse der Stabilität notwendig, Kreditinstituten Spielräume für ertragreiches Wirtschaften zu erhalten und teilweise auch wieder neu zu eröffnen“, erklärte DSGV-Präsident Georg Fahrenschoen bei einer Pressekonferenz am Rande der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.

Zwar seien kurzfristig die Belastungen der Kreditinstitute durch die aktuelle Geldpolitik in aller Regel noch nicht sichtbar. Langfristig werde die europäische Finanzwirtschaft aber deutlich in Mitleidenschaft gezogen. Zu viel Liquidität erhöhe die Gefahr von Engagements mit zu hohen Risiken. Von dieser Entwicklung könnten nach Auffassung von Fahrenschoen eher Institute betroffen sein, die auf den Kapitalmärkten besonders aktiv sind.

Gleichzeitig warnte der DSGV-Präsident aber auch, dass die wegen der Geldpolitik immer weiter zurückgehenden Zinsmargen vor allem Kreditinstitute mit solidem Bankgeschäft unter Druck setzen. Davon seien alle im breiten Kundengeschäft tätigen Institute gleichermaßen betroffen. Es werde deshalb zu Fusionen, Ausdünnungen des Geschäftsstellennetzes, Ausschöpfung von Preisspielräumen und auch Personalabbau kommen.

Für passgenaue Regeln

Fahrenschoen plädierte deshalb dafür, Kreditinstitute nicht auch noch durch weitere Auflagen und Vorgaben zu belasten. Das gelte etwa für neue Kapitalanforderungen, etwa im Zusammenhang mit Basel IV. Und kleine und mittlere Kreditinstitute dürften nicht mit regulatorischen Anforderungen überzogen werden, die eigentlich für international tätige Institute erdacht worden seien. Vielmehr sollten passgenaue Regeln für Institute mit weniger komplexem Finanzgeschäft in Europa in einer sogenannten „Small and simple banking box“ verankert werden.

Fahrenschoen sieht die Finanzmarktstabilität als ureigenes Interesse eines jeden Staats und seiner Steuerzahler. Denn der Staat könne seine Rolle als „Kreditgeber

cherung im Alter durch den Bund und die Finanzierung des Bildungs- und Teilhabepakets.

Längst überfällig ist aus Sicht des Verbandes eine Einigung zwischen den Ländern zur Grundsteuerreform. Je länger mit dem Beginn der Reform gezögert werde, desto größer sei die Gefahr, dass die Umsetzungsdauer der Reform, die mit sechs Jahren zu veranschlagen ist, nicht innerhalb eines vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Zeitraums erfolgen kann. Der Handlungsdruck sei enorm, das gemeindliche Steuerfallrisiko mit 13 Milliarden Euro immens.

Grundsteuerreform

„Es ist zu hoffen, dass es doch noch zu einer einheitlichen Haltung der Länder kommen wird“, betont der Deutsche Städtetag. Er appelliert an die Länder, sich zügig zu einigen. Insbesondere Bayern lehne die Reform bislang aus Gründen ab, die es zu entkräften gilt. „Die Reform muss nämlich

nicht zwangsläufig zu einer höheren Grundsteuerbelastung führen, wie befürchtet wird. Die lokalen Steuer- und Hebesätze werden durch die Gemeinden festgelegt und nicht zentral bestimmt. Etwaige Interessen an einer Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz auf die Landesebene dürfen nicht dazu führen, die Grundsteuerreform zu verhindern“, so der Verband.

Regionalfördersystem

Der Deutsche Städtetag unterstützt zudem Pläne des Bundes und der Länder für ein neues, umfassendes gesamtdeutsches Regionalfördersystem. Ein solches werde nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr

2019 dringend benötigt. Einen guten Ausgangspunkt dafür sehen die Städte im gezielten Ausbau der sogenannten „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur“. Dedy: „Welche Zukunftschancen Menschen haben, darf nicht davon abhängen, in welchem Teil unseres Landes sie wohnen. Deshalb brauchen wir ein gesamtdeutsches Regionalfördersystem, das Entwicklungschancen für alle Städte bietet und das Wachstum in strukturschwachen Regionen stärkt. Allerdings müssen dafür die jährlich 320 Millionen Euro deutlich aufgestockt werden, die derzeit im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur für Infrastruktur zur Verfügung stehen.“ DK

BayernLB und Kreissparkasse Biberach:

Schuldschein über 70 Mio. Euro platziert

Die BayernLB hat zusammen mit der Kreissparkasse Biberach für die mittelständische Immobiliengesellschaft VIB Vermögen AG einen Schuldschein über 70 Mio. Euro platziert.

Im Rahmen der Platzierung wurde der Schuldschein mit Laufzeittranchen von sieben und zehn Jahren mit fester Verzinsung angeboten. Aufgrund der hohen Nachfrage war die Emission überzeichnet, so dass das ursprünglich vorgesehene Emissionsvolumen von 60 auf 70 Mio. Euro aufgestockt wurde.

Geschäftsstrategie

Es ist die Geschäftsstrategie der VIB Vermögen AG mit Sitz in Neuburg an der Donau, entweder Immobilien für das Bestandsportfolio selbst zu ent-

wickeln oder fertig gestellt einzukaufen.

Zum Bestandsportfolio zählen Logistikimmobilien und Industrieobjekte, Shopping- und Fachmarktzentren sowie Gewerbe- und Dienstleistungszentren. Der regionale Fokus liegt in erster Linie auf den wirtschaftlich stark wachsenden Regionen in Süddeutschland.

Neben der klassischen Fremdkapitalfinanzierung über Anuitätendarlehen stellen Schuldscheindarlehen für die VIB Vermögen AG eine weitere Komponente für einen ausgewogenen Finanzierungsmix dar. □



Intelligente Lösungen für bayerische Kommunkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen.

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolios. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an + Telefon +49 89 2171-22013

Deutscher Kämmerertag in Berlin:

Innovative Ideen zur kommunalen Zukunft

Aktuelle Themen wie die Finanzausstattung der Kommunen und die Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung durch Digitalisierung und der demographische Wandel standen im Fokus des Deutschen Kämmerertags in Berlin. In diversen Arbeitskreisen berichteten und diskutierten Kämmerer und Experten über ihre Erfahrungen in den bundesdeutschen Kommunen.

Egal ob EU, Bund, Land oder Förderbanken: Zur Förderung kommunaler Projekte stehen viele Töpfe zur Verfügung. Aber wie kann das Fördermittelmanagement in der Verwaltung optimiert und damit die Prüfung aller Fördermöglichkeiten und eine effiziente Umsetzung sichergestellt werden? Laut Wuppertals Stadtdirektor und Stadtkämmerer Dr. Johannes Slawig führen unterschiedliche Fördertöpfe (EU-, Bundes- und Landesmittel) und Förderprogramme sowie deren Kombination miteinander zu zunehmend größeren Förderchancen für die Stadt und ihre Bürger. Freilich bedeuteten größere Chancen im-

mer auch größere Risiken. Diese lägen vor allem bei komplizierter werdenden Förderregulierungen. Aus diesem Grunde erfordere die Abwicklung integrierter Fördermaßnahmen durch Leistungseinheiten der Stadt im Zusammenspiel mit privaten Trägern/Bürgern ein konsequentes Vorgehen, so Slawig. Daher sei es in Zukunft notwendiger denn je, die Maßnahmen-, Kosten- und Finanzierungspläne der Teil- und Gesamtmaßnahmen einheitlich aufzustellen und zwingend einzuhalten, um damit die Gefahr auszuschließen, dass bewilligte Fördermittel verfallen oder nachträglich entzogen werden.

Slawig: „Diese Rahmenbedin-

gungen erfordern eine zentrale Steuerung sämtlicher förderrechtlicher Angelegenheiten der Stadtverwaltung. Darüber hinaus ist das Zentrale Fördermanagement für viele Investitionsmaßnahmen Dritter, die im Rahmen von integrierten Handlungskonzepten umgesetzt werden sollen, Ansprechpartner und Bewilligungsbehörde der Stadt Wuppertal.“

Im Arbeitskreis „Digitalisierung der Geschäftsprozesse – aber sicher!“ stellte Waldemar Potratz, Leiter SAP- & IT-Basis, das in den Zollernalb Kliniken eingesetzte Verfahren Single-Sign-On (SSO) vor. Die Zollernalb Kliniken nutzen Caradigm Single-Sign-On in der Zentralen Notaufnahme (ZNA) am Standort Balingen, um den komplexen Herausforderungen bei der schnellen und einfachen Bereitstellung von Patienteninformationen für Ärzte und Pflegekräfte gerecht zu werden – unter Wahrung der hohen Datenschutzanforderungen. Caradigm ist ein Population Health Unternehmen, das Gesundheitseinrichtungen dabei unterstützen will, die Versorgungsqualität zu verbessern, Kosten zu senken und Risiken zu minimieren.

„In der ZNA sind die Ärzte und Pflegekräfte größten Belastungen ausgesetzt“, begründete Potratz die Entscheidung. „Sie müssen sich besonders häufig an- und abmelden, und das in teils schneller Folge.“ Mit SSO sei das An-, Um- und Abmelden schnell und sicher möglich. So könnten reibungslose Arbeitsabläufe im Stationsalltag gewährleistet werden.

E-Government wird im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung extrem an Bedeutung gewinnen. Wie Mario Hesse, Institut für Öffentliche Finanzen und Public Management der Universität Leipzig, feststellte, hat die

öffentliche Verwaltung mehrheitlich eine E-Government-Strategie und sieht sich als Innovator, noch deutlich vor den Räten und den Bürgern bzw. Unternehmen. Genutzt würden Geodaten, E-Akte und elektronische Mitteilungen, aber auch zunehmend Bezahlfunktionen. Potenziale gebe es noch bei E-Rechnung, Prozessoptimierung und De-Mail. Zudem sei das Bild eher von Einzelmaßnahmen geprägt. Es fehle an einem integrierten Nutzungskonzept, das für Bürger und Unternehmen einfach und vertraut ist.

Hesse zufolge hat die Verwaltung bei der Umgestaltung ihrer Prozesse weniger Freiheiten als die gewerbliche Wirtschaft, vor allem was Nachprüfbarkeit, Dokumentation und Fehlertoleranzen betrifft. Ferner gebe es Vorbehalte hinsichtlich Rechtssicherheit und Verbindlichkeit und eine unzureichende Koordination – sowohl interkommunal als auch zwischen Land und Kommunen. Auch sei festzustellen, dass Entscheidungen zu größeren Maßnahmen offenbar stark durch die Finanzierbarkeit der konkreten Projekte bestimmt sind, sprich die Förderpolitik eine große Bedeutung hat.

Einen konkreten Beweis dafür, wie Nachhaltigkeit Wirklichkeit wird, liefert die holländische Regio Venlo. Wie Stadtrat und Beigeordneter Wim van den Beucken und Projektmanager Dr. Michel Weijers im Rahmen des Arbeitskreises „Ansätze für Nachhaltigkeit in europäischen Städten“ erläuterten, habe Venlo weltweit als erste Regio die Prinzipien der „Cradle to Cradle“-Philosophie (C2C) integriert.

Unter C2C versteht man einen nachhaltigen Herstellungsprozess auf der Grundlage einer Wiederverwertung von Grundstoffen, bei der Produkte zu 100 % rückführbar sind und Abfall als Grundstoff dient. Das Verwaltungsgebäude wird umfassend nach diesen Prinzipien gestaltet, sodass ein Gebäude entsteht, das eine bequeme und gesunde Arbeitsumgebung mit nachhaltiger Innovation kombiniert. **DK**

Bayerische Sparkassenstiftung und LBS Bayern:

Förderung des Projekts „Kleine Entdecker“

Wie viel Wasser steckt in Obst und Gemüse? Wann werfen Zwerge lange Schatten? Gibt es eckige Seifenblasen? Seit 2012 stellen sich viele Sprösslinge in Bayerns Kindergärten und Kindertagesstätten verstärkt solchen Fragen und nähern sich ihnen experimentell. Die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) und die Bayerische Sparkassenstiftung fördern das Projekt „Kleine Entdecker“, das die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen/Freiwilligen-Zentren (lagfa Bayern) an inzwischen 14 ausgewählten Standorten in Bayern durchführt.

Das Projekt „Kleine Entdecker“ gewährt einen experimentellen Zugang zu naturwissenschaftlich-technischen Themen. Hier werden die Kinder zu Wasserdetektiven, werden spielerisch geometrische Formen entdeckt oder das Gesetz der Schwerkraft erforscht. Experimente mit Draht und Faden, mit Spiegel und Spülmittel, mit Lupe und Magnet gehören zum Programm.

Die Umwelt besser verstehen

„Kinder erforschen jeden Tag die Welt. Bei ‚Kleine Entdecker‘ werden sie dabei von den Freiwilligen und ihren Erzieherinnen und Erziehern unterstützt, so dass sich Große und Kleine zusammen aufmachen, die Welt zu entdecken. Das hilft den Kindern, die Umwelt besser zu verstehen und legt die Grundlagen für das mathematisch-technische Verständnis, das bei uns in Deutschland ausbaufähig ist, wie ein OECD-Vergleich gezeigt hat“, so Petra Fante, Projektleiterin für „Kleine Entdecker“ bei der lagfa Bayern. El-

Bayerische Sparkassen begrüßen Kabinettsbeschluss

Bundratsinitiative zur Überarbeitung der Basel III-Vorschriften

Vor einer möglicherweise anstehenden Verschärfung der Bankenregulierung unterstützt die Bayerische Staatsregierung die Sparkassen und Genossenschaftsbanken. In einer Kabinettsitzung forderte sie eine Abmilderung von Aufsicht und Eigenkapitalanforderungen für kleine regionale Finanzinstitute, die als Finanzierer des Mittelstands eine tragende Rolle für den Wohlstand in Bayern spielen. Das Kabinett beschloss dazu jetzt eine Bundratsinitiative.

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, begrüßt diese Forderung: „Das vergleichsweise geringe Risiko von Mittelstandskrediten muss sich auch weiterhin in einer vergleichsweise niedrigen Eigenkapitalunterlegung beim Kreditinstitut niederschlagen, damit die Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen und Gewerbetreibende nicht erschwert wird.“

Der Basler Ausschuss für die Bankenaufsicht bereitet derzeit international verbindliche neue Regeln für die Risikobewertung bei der Kreditvergabe vor. Eine weitere Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute würde gerade kleinen Re-

gionalbanken die Kreditvergabe an den Mittelstand vor Ort erschweren. Netzer betont erneut: „Wo es aber die Unternehmen schwerer haben an Kredite zu kommen, leidet auch das wirtschaftliche Wachstum in den Regionen. Damit die flächendeckende Kreditversorgung der mittelständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden nicht erschwert wird, muss vor allem die reduzierte Eigenkapitalunterlegung dieser Kredite durch den sogenannten KMU-Skalierungsfaktor beibehalten werden.“

Bei dieser Überarbeitung sollten auch die Höhe und die Anwendungsschwelle dieses Faktors geprüft werden. **□**

LBS Bayern bietet Annuitätendarlehen flächendeckend an

Die LBS Bayern bietet nunmehr flächendeckend in ihren Geschäftsstellen sowie in den bayerischen Sparkassen Annuitätendarlehen an. Damit ergänzt die Bayerische Landesbausparkasse ihre Produktauswahl.

Neben dem klassischen Bausparanleihe und der Vorfinanzierung gibt es nun einen weiteren Finanzierungsbaukasten der LBS zum passenden Immobilienkredit.

Die LBS Bayern bietet ihr Annuitätendarlehen mit einer Zinsfestschreibung von sechs Monaten bis 15 Jahren an. Längere Laufzeiten mit festen Zinsen bis zur letzten Rate können mit einer LBS-Vorfinanzierung abgedeckt werden. Die Mindestsumme für ein Annuitätendarlehen liegt bei 10.000 Euro.

Erwin Bumberger, Vorstands-

mitglied der LBS Bayern: „Mit dem LBS-Annuitätendarlehen haben wir ein attraktives Angebot insbesondere für Kunden, die Zinsbindungen von zehn Jahren und mehr wünschen. Als Landesbausparkasse liegt unsere Kernkompetenz darin, langlaufende Finanzierungen darzustellen und kleinteilige Kredite mit niedrigen Summen zum Beispiel für Modernisierungen effizient zu bearbeiten. Wir freuen uns, diese Stärken nun noch intensiver in der Sparkassen-Finanzgruppe einbringen zu können.“ **□**

lich-technische Entdeckungsreise zu begeben“, stellt Dr. Franz Wirthner, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern, fest. Auch die Bayerische Sparkassenstiftung sieht sich als Projektförderer in der gesellschaftlichen Verantwortung. „Bei den Kleinsten anzusetzen macht Sinn, da sich hier die Interessen bilden und manifestieren. Nicht nur mathematisch-technische Inhalte, sondern auch die Schaffung der Balance zwischen Teamgeist und Ehrgeiz ist Persönlichkeitsbildung“, so Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführender Vorstand der Bayerischen Sparkassenstiftung.

Überzeugtes Zirndorf

Aber auch in Zirndorf ist man vom Projekt überzeugt: Landrat Matthias Dießl, der die Schirmherrschaft für die „Kleinen Entdecker“ übernommen hat: „Mit naturwissenschaftlicher Bildung kann man gar nicht früh genug beginnen. Wenn wir dem künftigen Fachkräftemangel entgegensteuern wollen, müssen wir schon heute unsere Vorschulkinder für Natur und Technik begeistern.“ Hans Wölfel, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Fürth, ergänzt: „Die Sparkasse Fürth unterstützt seit vielen Jahren die Freiwilligenagentur Zirndorf und viele unserer Kunden kennen die FAZ. Denn bis zum momentanen Umbau unserer Sparkassenfiliale fanden Mittwochs in unserer Schalterhalle auch die Bürgersprechstunden der Freiwilligenagentur Zirndorf statt. Daher freuen wir uns sehr, dass ihr Projekt ‚Kleine Entdecker‘ nun auch bei uns in Zirndorf startet.“ **□**

In enger Zusammenarbeit mit dem bayerischen Innenministerium startet sie gemeinsam mit der Versicherungskammer Bayern eine Initiative zum Einbruchschutz in der Region Augsburg und arbeitet dafür eng mit der Polizei und lokalen Handwerksbetrieben zusammen. Auftakt ist eine öffentliche Informationsveranstaltung am 16. November mit Referenten der Polizei, des Landeskriminalamts, mit Fachfirmen und Finanzierungspartnern.

Ziel der langfristig angelegten Kampagne der Kreissparkasse ist es, Haus- und Wohnungsbesitzer zu sensibilisieren und ihnen aufzuzeigen, wo sie in der Region kompetente Ansprechpartner und auf Einbruchschutz spezialisierte Handwerksbetriebe finden. „Wir wollen ein Netzwerk schaffen, damit den Bürgern, die sich und ihr Eigentum schützen wollen, auch geholfen wird“, betont Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse.

Denn was viele nicht wissen: Es lohnt sich, in mechanischen Einbruchschutz wie spezielle Schlösser oder Fensterriegel zu investieren. Weit über ein Drittel (42,7 Prozent) aller Einbruchversuche in Deutschland scheiterten im Jahr 2015 – nicht zuletzt deshalb, weil die ungebeten Gäste durch solche Sicherungseinrichtungen aufgehalten wurden. Nach Angaben der Polizei geben Einbrecher meist nach drei Minuten auf, wenn sich in dieser Zeit Fenster und Türen nicht öffnen lassen. Doch solche Schlösser, Schutzbeschläge oder einbruchhemmenden Türen, Fenster und Rollläden erfüllen ihren Zweck nur, wenn sie fachgerecht eingebaut sind. „Wir haben festgestellt, dass viele unserer Kunden bei diesem Thema verunsichert sind und nicht wissen, welche Investition sinnvoll ist und wo sie Rat finden“, erläutert Fank.

Die Polizei empfiehlt dabei, auf das Gütesiegel der Initiative KEINBRUCH zu achten. Dahinter steht die polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes. Bei Betrieben, die dieses Siegel tragen, sind die Bürger gut beraten, heißt es.

Kommt es dennoch wider Er-

warten zu einem Einbruchdiebstahl ersetzt eine private Hausratversicherung den entstandenen Schaden. „Wir empfehlen eine Liste mit allen Wertgegenständen anzulegen, die bei Bedarf dem Versicherer vorgelegt werden kann“, so Barbara Schick, Vorstandsmitglied bei der Versicherungskammer Bayern. Betroffene könnten so den Schaden anhand ihrer Dokumentation inklusive Wertangaben schnell ihrer Versicherung melden. „Unter Umständen kann es sinnvoll sein, nach größeren Anschaffungen wie einem teuren Fernseher oder Schmuck die Versicherungssumme eines bestehenden Vertrages zu überprüfen und anzupassen“, so Schick weiter. Allerdings habe nur jeder zweite Haushalt in Bayern eine Hausratversicherung. Dabei ersetzt diese nicht nur Schäden, die durch Einbruchdiebstahl entstehen, sondern auch durch Feuer, Austritt von Leitungswasser, Sturm/Hagel und weiteren Naturgefahren, wie z. B. Überschwemmungen an Flüssen und Bächen oder Starkregen.

In den vergangenen Monaten hat die Kreissparkasse dazu beigetragen, dass auch die Menschen in der Region Augsburg, neben einer kompetenten Beratung im Bereich Versicherungen, ihre Anlaufstelle beim Thema Sicherheitstechnik schnell und einfach finden. Durch das Engagement der Kreissparkasse konnte die Anzahl der bisher elf zertifizierten Handwerksbetriebe deutlich erhöht werden: Acht Betriebe nahmen an der von der Kreissparkasse initiierten Veranstaltung teil. Dabei soll es aber nicht bleiben.

In den Herbst- und Wintermonaten haben Einbrecher Hochsaison: Gerade, wenn es länger dunkel ist, sind diese besonders aktiv. Deshalb ist jetzt ein guter Zeitpunkt, um sich über Präventionsmaßnahmen schlau zu machen und vorzusorgen. Gelegenheit dazu gibt die Kreissparkasse am 16. November in der Handwerkskammer für Schwaben in Augsburg. Neben Fachvorträgen beraten dort auch vier neu zertifizierte Handwerksbetriebe.

Wer die Angebote von zertifizierten Handwerksbetrieben

Bundesweiter Tag der Stiftungen:

Kraftvolle Bewegung

Am Tag der Stiftungen am 1. Oktober beteiligten sich bundesweit 268 Stiftungen mit 120 Aktionen, darunter auch zahlreiche in Bayern. Den Auftakt machten die Bürgerstiftungen. Sie feierten am Vorabend ihr 20-jähriges Bestehen in Berlin.

Der Unternehmer und Stifter Reinhard Mohn und der Kriminologe Prof. Dr. Christian Pfeiffer brachten 1996 die Idee der Mitmachstiftung für jedermann aus den USA nach Deutschland. „Bei meinen zahlreichen Besuchen bei Bürgerstiftungen vor Ort hat mich immer wieder begeistert, wie die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich für das eigene Gemeinwesen einzubringen. Sie bringen Menschen zusammen und gestalten die Gesellschaft auf ganz vielfältige Weise mit“, erklärte Prof. Pfeiffer. „Zu sehen, wie sich die einzelnen Initiativen in 20 Jahren zu einer starken Bewegung ent-

wickelt haben, macht mich stolz und glücklich.“

Heute bilden 29.000 Bürgerstifterinnen und Bürgerstifter die größte Stiftergruppe in Deutschland. Allein im vergangenen Jahr engagierten sich 15.000 Menschen aktuellen Schätzungen der Initiative Bürgerstiftungen zufolge eine Million Stunden ehrenamtlich in den 307 Gütesiegel-Bürgerstiftungen.

Mit Unterstützung der Adalbert-Raps-Stiftung wurde in Kulmbach im Oktober 2015 das größte Würzburger Museum Deutschlands gegründet. Mit einem interaktiven, lebendigen Ausstellungskonzept versetzte es die Besucher

auch beim Tag der Stiftungen auf über 1.200 Quadratmetern Fläche in eine andere Welt: ins Reich der Gewürze, ihrer Herkunft, ihrer Geschichte, ihrer kulturellen Bedeutung und nicht zuletzt ihrer Verwendung damals wie heute.

„Im Zeichen der Hilfe: Würzburger Stiftungen lassen von sich hören!“. Unter dieses Motto stellte Radio Charivari am 1. Oktober sein Programm. Wie und warum engagieren sich Stiftungen für Menschen in der Region? Wer entscheidet darüber, welche Projekte unterstützt werden? Was motiviert Ehrenamtliche und Mitarbeiter, sich für andere zu engagieren? Mit Beiträgen über verschiedene Würzburger Stiftungen warf Radio Charivari Schlaglichter auf die lokale Stiftungslandschaft.

Stadtparkasse München:

Auszeichnung für beste Beratung zur Baufinanzierung

Qualität und Kompetenz in der Beratung bei Baufinanzierungen haben in München eine Top-Adresse: Die Stadtparkasse München hat von unabhängigen Bankentestern des Deutschen Instituts für Bankentests ein „Sehr gut“ erhalten. Die Untersuchungen der Beratungsqualität bei Banken und Sparkassen sollen dem Bürger eine realistische und hochwertige Orientierungshilfe bei der Wahl der Bankverbindung für Baufinanzierungen sein. Für die Zeitung DIE WELT führt das Deutsche Institut für Bankentests die neutralen Tests regelmäßig durch. Dafür sind Profis der Bankenbranche unterwegs, die seit über 20 Jahren die Entwicklungen in der Beratung beobachten und gestalten sowie besonders geschulte Tester.

Ausgangspunkt ist in der jeweiligen Region das „Mystery Shopping“ – eine Untersuchungsmethode, bei der der Tester einen Beratungstermin vereinbart oder unangemeldet eine Beratung zu verschiedenen Themen wünscht. Der Testkunde gibt an, dass er für seinen Sohn, der hier studiert und auch hier bleiben möchte, eine Eigentumswohnung kaufen will. Die kostet 220.000 Euro und 100.000 Euro sollen finanziert werden.

Baufinanzierungen sind in München weiterhin sehr gefragt. Während die Stadtparkasse im vergangenen Jahr Baufinanzierungen für fast 1,3 Mrd. Euro vergeben hat, waren es bis zum 30.

September des laufenden Jahres 700 Mio. Euro. Gebremst werden Finanzierungen für ein Eigenheim meist nur durch ein zu knappes Angebot in München.

Um die fachliche Qualität des Beraters zu beurteilen, werden 26 Kriterien herangezogen. Dies sind insbesondere die Kriterien, die Bundesbürger bei einer Baufinanzierung für „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ halten. Es geht zunächst um die Freundlichkeit und die Atmosphäre, dann um die entscheidenden Punkte, ob der Bankberater die richtige Analyse vornimmt. Nicht nur die Wünsche des Kunden sind dabei zu berücksichtigen, sondern auch die persönliche Situation des Kunden. Pläne, Ziele,

Wünsche, Vorhaben, Einkommenssituation, Ausgaben und das zur Verfügung stehende Geld für Wünsche – insbesondere für die Finanzierung.

Gepflegt wird auch, ob der Berater für den Kunden alle Vorteile wie zum Beispiel staatliche Förderungen, Prämien und Zulagen nutzt oder ob es beim Kunden Optimierungsbedarf bei Krediten und Versicherungen gibt.

Außerdem legen die Tester Wert darauf, ob die Aussagen des Beraters verständlich und nachvollziehbar sind und der Kunde den ausgetragenen Produktunterlagen und Informationen alles auf einen Blick erkennen kann. Außerdem, ob Aussagen zur Sicherheit der Finanzierung gemacht werden, die Preise für die Finanzierung im Vergleich zum Wettbewerb passen und keine Fragen mehr übrig bleiben, die zu beantworten sind.

„In der Kundenberatung stellen sich Banken und Sparkassen zwar auf die individuelle Kundensituation ein. Jedoch gibt es große Unterschiede bei der Beratungsqualität. Und zum Preis-Leistungsverhältnis gehört nicht nur der ‚Werbezinssatz‘, der für viele Kunden als ‚Lockvogelangebot‘ dient. Die zurzeit niedrigen Zinsen für Baufinanzierungen sind oft ausschlaggebend, sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen“, so die Tester.

Wichtig ist dabei eine Beratung, die insbesondere Sicherheit und günstige Zinsen für die gesamte Darlehenszeit bietet. Die Finanzierung eines Hausbaus muss auch Sonder-Kreditprogramme des Staates und des Landes berücksichtigen. Die Stadtparkasse München hat dafür ein exzellentes Beratungskonzept und ist jetzt berechtigt, das Qualitätssiegel der Zeitung DIE WELT für die beste Beratung bei Baufinanzierungen zu nutzen. □

Mrd. Euro ausweiten. Die Bestände im Kapitalmarktgeschäft hat die Bank dagegen strategiegemäß weiter abgebaut.

Die MünchenerHyp konnte sich unverändert zu guten Konditionen refinanzieren. Der Bestand an Refinanzierungsmitteln betrug zum 30. September 2016 33,1 Mrd. Euro (31. Dezember 2015: 32,1 Mrd. Euro).

Die Eigenkapitalausstattung der MünchenerHyp ist anhaltend sehr solide. Die Kernkapitalquote und die harte Kernkapitalquote lagen zum 30. September 2016 bei 19,0 Prozent, die Gesamtkapitalquote bei 20,7 Prozent. □

In der Forstquell Brauerei Fünheim in Wassertrüdingen, dem Geburtshaus von Stiftungsgründer Günther Kollmar, fand wiederum die offizielle Scheckübergabe an die diesjährigen Stipendiaten statt. Wo sonst ausschließlich süffiges Bier fließt, flossen am Tag der Stiftungen 12.000 Euro an weiterqualifizierungswillige junge Menschen.

Ein Seminar der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit dem VdK Ortsverband Bamberg-Gartenstadt in Bamberg befasste sich rund um das Thema „Solange wie möglich in den eigenen Wänden“. Diskutiert wurden unter anderem die Themen „Selbstbestimmtes Wohnen – eine Herausforderung an Politik und Gesellschaft“, „Betreutes Wohnen oder Heim?“, „Wo finde ich die richtige Wohnform für mich?“, „Praktische Beispiele für barrierearmes Wohnen“, „Überblick über finanzielle Fördermittel, Kosten und Zuständigkeiten“ sowie „Unterbringung im Heim“.

Eine Fotoausstellung mit dem Titel „Welterbe erhalten – Zukunft mit Jugend gestalten“ präsentierten ihrerseits die Stiftung Weltkulturerbe Stadt Bamberg und Stiftung Zirkus Giovanni. Das gemeinsame Ziel der beiden Stiftungen ist es, einerseits durch den Erhalt historischer Bausubstanz das Weltkulturerbe der Stadt Bamberg für zukünftige Generationen zu erhalten. Andererseits soll Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Verhältnissen ermöglicht werden, ihre eigenen Fähigkeiten zu entdecken und dabei Selbstbewusstsein und Sozialkompetenz zu entwickeln.

Im Rahmen des bundesweiten Tags der Stiftungen würdigte auch die Versicherungskammer Stiftung das ehrenamtliche Engagement von Mitarbeitern des VKB Konzerns und anderen ehrenamtlich Aktiven in Bayern. Dazu bot sie eine kostenfreie Sondervorstellung im GOP-Varieté-Theater in München an. **DK**

BayernLB-Konzern auf der Expo Real 2016:

Integrierte Immobilienkompetenz

Die BayernLB präsentierte gemeinsam mit ihren Immobilien-Töchtern ihr leistungsfähiges Konzernnetzwerk auf der internationalen Gewerbeimmobilienmesse Expo Real Anfang Oktober in der Neuen Messe München. Die Fachleute standen für alle Fragen um Finanzierung und Dienstleistungen rund um die Immobilie bereit.

Nach dem Ausbau des bundesweiten Standortnetzes und der Stärkung der internationalen Niederlassungen verfolgt die BayernLB nunmehr einen strategischen Wachstumskurs in der Immobilienfinanzierung und wird Immobilienunternehmen auch 2017 mit Krediten und Services zur Verfügung stehen.

Internationale Investoren finden überdies Ansprechpartner in den Auslandsstützpunkten Mailand, Paris und London sowie in der Immobilien-Auslandsabteilung in München. Der BayernLB-Konzern präsentiert Immobilienkompetenz über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg in allen Bereichen der Immobilienwirtschaft. □

CSU-Fraktion bringt Millionen-Investition auf den Weg

„Wir wollen mit einem breit angelegten Investitionspaket rund 25 Millionen Euro in die Hand nehmen, um Bayern noch lebenswerter zu machen“, verdeutlicht Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, die im Haushaltsausschuss angestoßenen Investitionen auf Initiative der Landtags-CSU.

Bereits beschlossen hat der Haushaltsausschuss u. a. bedeutende Investitionen in Planung und Bauleitung für das Straßennetz in Bayern. „Während andere Bundesländer die Planung verpennt und wenn es darauf ankommt, nichts in der Schublade haben, treffen wir als CSU-Fraktion mit der Summe von 5 Millionen Euro Vorsorge für kommende Straßbauprojekte über die bereits im Regierungsentwurf eingepflanzten Mittel hinaus“, erklärt Peter Winter, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags und ergänzt: „Es gehört zur Lebensqualität der Menschen in unserem Freistaat, sicher und schnell von A nach B zu kommen. Es war uns als CSU-Fraktion ein großes Anliegen, den Regierungsentwurf hier noch einmal zu verbessern.“

„Dabei haben wir natürlich auch den Nahverkehr im Blick“, hebt Kreuzer hervor. „Wir wollen

unter anderem mehr Geld in Rufbusse und Anrufsammeltaxis im ländlichen Raum investieren. Auch neue Ansätze wie Elektrobusse, autonomes Fahren oder digitale Vernetzung im Verkehr wollen wir mit diesen Mitteln vorantreiben.“ Insgesamt will die CSU-Fraktion im Rahmen des Doppelhaushalts 2017/18 Maßnahmen mit einem Volumen von 50 Millionen Euro für besondere Schwerpunkte in die Wege leiten, um in konkreten Bereichen weitere Akzente zu setzen.

„In den kommenden Haushaltsitzungen werden wir in diesem Paket auch Initiativen im Umfang von 7 Millionen Euro für die Förderung der Dorferneuerung, 2 Millionen Euro für unsere Alpenstrategie und 1 Million Euro für Landschaftspflege und Naturparke einbringen“, so Winter. „Wir sind überzeugt, dass wir damit direkt und indirekt allen Menschen in Bayern einen noch lebenswerteren Freistaat schaffen können.“ □

MünchenerHyp:

Ergebnis erneut verbessert

Die Münchener Hypothekbank eG hat ihr Ergebnis weiter verbessert. Zum 30. September 2016 weist die Bank einen Zinsüberschuss von 168,5 Mio. Euro aus (30. September 2015: 161,7 Mio. Euro), der damit um 4,2 Prozent über dem Vorjahreszeitraum liegt. „Wir sind weiter auf Kurs, unsere Erträge zu stärken. Gegenüber den zunehmenden Herausforderungen im Markt und Wettbewerb sehen wir uns gut positioniert“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorstandsvorsitzender der MünchenerHyp.

In der privaten Wohnimmobilienfinanzierung konnte die MünchenerHyp das Neugeschäft sowohl mit den genossenschaftlichen Partnerbanken als auch mit freien Finanzdienstleistern weiter ausbauen. Das Zusagevolumen wuchs um 5 Prozent auf 2,2 Mrd. Euro (30. September 2015: 2,1 Mrd. Euro).

In der Kooperation mit der Schweizer PostFinance gelang es, durch erfolgreiche gemeinsame Vertriebsmaßnahmen den Rückstand aus dem ersten Halbjahr deutlich zu verringern. In der gewerblichen Immobilienfinanzierung liegt das Zusagevolumen mit rund 900 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis von rund 1,3 Mrd. Euro. In den von höherer Risikoneigung und niedrigeren Margen geprägten Märkten hielt die Bank an ihren

bewährten Finanzierungsgrundsätzen fest und musste daher Einbußen im Neugeschäft hinnehmen.

Insgesamt beläuft sich das Neugeschäft der MünchenerHyp zum 30. September 2016 auf 3,4 Mrd. Euro (30. September 2015: 3,7 Mrd. Euro). Die Risikosituation im Kreditgeschäft entwickelte sich auf weiterhin niedrigerem Niveau stabil. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit stieg um 9 Mio. Euro auf 45,5 Mio. Euro. Der zeitanteilige Jahresüberschuss – nach Abzug der Steuern – erhöhte sich um 5,3 Mio. Euro auf 27,1 Mio. Euro. Die Bilanzsumme wuchs im Jahresverlauf um rund 1 Mrd. Euro auf 39,1 Mrd. Euro. So konnte die MünchenerHyp die Bestände an Hypothekendarlehen um 1,5 Mrd. Euro auf 27,2

TV BAYERN
LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Bayerischer Finanzgipfel in München

GVB-Präsident Gros: Regionalbanken von überflüssiger Bürokratie befreien

Beim 10. Bayerischen Finanzgipfel in München hat sich GVB-Präsident Jürgen Gros für ein Umdenken in der Finanzmarktregulierung stark gemacht. „Wir brauchen eine verhältnismäßigere Regelung, die Größe, Geschäftsmodell und Risikoprofil von Kreditinstituten gerecht wird“, forderte Gros bei der Veranstaltung im Rahmen einer Podiumsdiskussion. Politisches Ziel müsse es sein, insbesondere Regionalbanken von Vorschriften zu befreien, die einen hohen Aufwand verursachen, aber keinen wesentlichen Beitrag zur Finanzstabilität leisten.

Der Verbandspräsident machte deutlich, dass die ausufernde und undifferenzierte Regulierung die Zukunft von regional tätigen Instituten gefährdet. Die rund 400 neuen oder novellierten Finanzmarktregeln aus den vergangenen Jahren hätten dazu geführt, dass die Bürokratiekosten allein bei den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken auf rund 138 Millionen Euro pro Jahr angestiegen sind.

Das Resultat: „Die Bankenregulierung belastet nicht nur kleine und mittlere Banken enorm. Sie bedroht auch die Realwirtschaft, weil sie den Eigenkapitalaufbau bei den Banken erschwert. Dadurch büßen sie Spielraum bei

der Kreditvergabe an Mittelstand und Privatpersonen ein“, so Gros.

Der GVB-Präsident trat beim Finanzgipfel zudem Kritik am dreigliedrigen deutschen Bankensystem entgegen. „Es ist nicht Aufgabe von Aufsicht und Ratingagenturen, darüber zu befinden, ob Deutschland ‚overbanked‘ ist“, stellte Gros klar. „Die Kunden entscheiden, welche Geschäftsmodelle sie attraktiv finden. Und das der Volksbanken und Raiffeisenbanken zählt unzufolge dazu“, hob Gros hervor. Er reagierte damit auf entsprechende Aussagen von EZB-Präsident Mario Draghi und der Ratingagentur Standard & Poor's in den vergangenen Wochen. □

GVB-Positionspapier:

Für Kurskorrektur in der Bankenregulierung

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) fordert in einem Positionspapier mehr Verhältnismäßigkeit in der Finanzmarktregulierung. „Die Zeit ist überreif für eine Kurskorrektur“, stellte GVB-Präsident Jürgen Gros fest.

Der Verband macht in dem Papier deutlich, dass die Flut an neuen, seit der Finanzkrise erlassenen Vorschriften die Banken vielfach über einen Kamm schert. Größe, Geschäfts- und Risikomodell bleiben häufig unberücksichtigt. In der Praxis führt das dazu, dass Regulierungsmaßnahmen Regionalbanken im Vergleich zu großen Instituten unverhältnismäßig stark belasten. So haben sich allein die von den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken zu tragenden Regulierungskosten auf mittlerweile 138 Millionen Euro pro Jahr hochgeschraubt.

„Politisches Ziel muss es sein, Regionalbanken von Vorschriften zu befreien, die einen hohen Aufwand verursachen, aber keinen wesentlichen Beitrag zur Finanzstabilität leisten“, so Gros. In dem Positionspapier schlägt der GVB

deshalb unter anderem vor, Offenlegungs- und Meldepflichten für regional tätige Institute rigoros zu vereinfachen. Davon würde auch die Realwirtschaft profitieren. Denn sinkende Bürokratiekosten erleichtern den Aufbau von Eigenkapital. Das wiederum verschafft den Regionalbanken Raum, eine ausreichende Kreditversorgung von Mittelstand und Verbrauchern zu gewährleisten. Gros: „Auf diese Weise trägt eine angemessene Regulierung zu Wachstum und Beschäftigung bei.“

Eine Möglichkeit, die vom GVB vorgeschlagenen Maßnahmen gesetzgeberisch umzusetzen, bietet die anstehende Überarbeitung der Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften (Basel III). Die EU-Kommission will im Herbst entsprechende Vorschläge veröffentlichen. □

Immobilienkredite:

Unnötige Hürden beiseite räumen

Die Bayerische Staatsregierung setzt sich dafür ein, die seit mehr als sechs Monaten herrschenden Unsicherheiten und Einschränkungen bei der Vergabe von Immobilienkrediten zu beseitigen. Dazu unterstützte der Freistaat bei einer Bundsratsitzung eine Initiative zur Korrektur des umstrittenen Umsetzungsgesetzes der europäischen Wohnimmobilienkreditrichtlinie. Das Kabinett hatte dies beschlossen.

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken begrüßen das Vorgehen. Dazu Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB): „Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie ist einiges schiefgelaufen. Der Gesetzgeber hat jungen Familien und Rentnern ohne Not Kredithürden in den Weg gestellt, die sich allenfalls mit erheblichen Anstrengungen überwinden lassen. Solventen Verbrauchern dürfen altersgerechte und energetische Umbauten oder die Vermögensbildung mit Immobilien aber nicht unnötig erschwert werden. Die praxisferne Übererfüllung der Richtlinie gehört deshalb zügig korrigiert, auch um Rechtssicherheit für Kreditnehmer und Kreditgeber herzu-

stellen. Bundesländer wie Bayern haben erkannt, wie sich das ohne großen Aufwand pragmatisch bewerkstelligen lässt. Dieser Empfehlung sollten Bundestag und Bundesjustizminister Heiko Maas umgehend folgen.“

Auch Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, begrüßt die Initiative: „Nicht die EU-Richtlinie soll geändert werden, sondern ihre enge deutsche Auslegung. Denn sie schießt deutlich über das Ziel hinaus, Verbraucher vor Überschuldung und Banken vor faulen Krediten zu schützen. In der Praxis kommt es stattdessen vermehrt zu Fällen, in denen solide Kreditwünsche nicht erfüllt werden können.“ □



Von links: Emil Schneider, Direktor Bayerischer Landkreistag, Referent für Finanzen, Haushaltsrecht, Andreas Starke, Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, Ulrich Stock, Vorstandsmitglied VR Bank Bamberg, Götz Rinn, Regionaldirektor Vertrieb Öffentliche Kunden der WL BANK, Harald Hoch, Leiter Firmenkundenbank VR Bank Bamberg, Sebastian Müller, Leiter Zahlungsverkehrsmanagement VR Bank Bamberg. □

VR-KommunalFrühstück in Bamberg:

Kommunaler Finanzausgleich im Mittelpunkt

Auf großes Interesse stieß das KommunalFrühstück der VR Bank Bamberg eG. Über 25 Vertreter der Kommunen aus dem Geschäftsgebiet der Bank diskutierten mit den Referenten über aktuelle Themen.

Dabei wurde erkennbar, dass die öffentlichen Kunden der genossenschaftlich organisierten VR Bank Bamberg besonders wichtig sind. Mehr denn je macht dies die aktuelle Niedrigzinsphase deutlich, bei der die Volks- und Raiffeisenbank die Kommunen mit extrem langen Zinsbindungen unterstützen kann. So haben die Kommunen aktuell die Chance, sich mit bis zu 30-jährigen Zinsbindungen Zinsen von unter 1,5 % p.a. für sehr lange Laufzeiten zu sichern.

Sicherheit und Planbarkeit

Auch über die aktuell sehr geringen Zinssätze für vorzeitige Zinssicherungen können Sicherheit und Planbarkeit für kommunale Haushalte erreicht werden. Möglich wird dies durch die Kooperation der VR Bank Bamberg mit der WL BANK, die als Spezialinstitut und Kommunales Kompetenzzentrum das Angebot der VR Banken unterstützt und ergänzt.

Landrat Franz Meyer:

Wir brauchen die „Elementarversicherung für alle“

Passau. Die Unwetter in den letzten Monaten in Niederbayern und auch im Landkreis Passau stellten sowohl in ihrer Schwere als auch in ihrer lokalen Begrenztheit eine neue Dimension dar. Schadensereignissen dieser Art, darin sind sich im Nachgang alle Experten einig, kann letztlich nicht entgegengewirkt werden. Landrat Franz Meyer, Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern im Bayerischen Landkreistag: „Ein 100-prozentiger Schutz vor lokalen Unwettern dieser Art ist nicht zu gewährleisten.“

Kriterium Bezahlbarkeit

Damit liege ein klassisches Versicherungs-Risiko vor. Den Appell an die Eigeninitiative und Eigenverantwortung jedes Hausbesitzers, sich gegen Elementarschäden zu versichern, findet daher seine volle Unterstützung. Gerade Haus und Hof stünden für die Existenz und Würden in manchen Fällen unvollständiger versichert als ein Auto. Auch Landkreischef Meyer warnte vor dem Vorurteil, Elementarschäden seien

vielfach gar nicht versicherbar. Allerdings müsse eine Elementarversicherung auch bezahlbar sein. Die Landräte, so Meyer weiter, sind dabei für alle Vorschläge offen, um diese „Elementarversicherung für alle“ zu ermöglichen. Wenn es dazu Finanzmittel des Staates brauche, werde er diese auch einfordern, so Landrat Meyer. Meyer: „Wir brauchen ein vernünftiges Versicherungssystem für Elementarschäden. Das ist ein Thema, das wirklich alle angeht, denn es kann jeden treffen.“ Auch die Versicherungswirtschaft sei gefordert, so Meyer.

Hohe Summen für Soforthilfe

Diese zentrale Forderung stellt der Passauer Landrat gerade mit Blick auf die jüngsten Unwetter in seinem Landkreis auf, wo in den vergangenen Monaten schwerste Schäden zu beklagen waren. Bislang hat das Landratsamt Passau nach Angaben des Landrats an die Betroffenen der Unwetter seit Mai 3,7 Millionen Euro an Soforthilfe und Soforthilfe (Hilfen des Freistaates Bayern) ausbezahlt. □

Digitalkredit:

Neues Förderangebot für den Mittelstand

LfA ergänzt mit Darlehen Zuschussförderung des Freistaats

Die LfA Förderbank Bayern unterstützt ab sofort den bayerischen Mittelstand bei Digitalisierungsvorhaben mit dem neuen Digitalkredit. Gefördert werden kleine und mittlere Unternehmen, die ihre Produkte, Dienstleistungen und Prozesse digital transformieren oder ihre IT-Sicherheit verbessern. Der maximale Kreditbetrag beläuft sich auf 2 Millionen Euro. Vorhaben können bis zu 100 Prozent finanziert werden.

In der besten Preisklasse liegt der Zinssatz aktuell bei 1,0 Prozent p.a. effektiv und kann bis zu zwölf Jahre festgeschrieben werden. Mit dem Förderkredit flankiert die LfA die Zukunftsstrategie BAYERN DIGITAL der Staatsregierung und ergänzt die Zuschussförderung über den Digitalbonus.

Bayerns Wirtschafts- und Digitalisierungsministerin Ilse Aigner: „Mit der Zukunftsstrategie BAYERN DIGITAL bereiten wir die bayerische Wirtschaft optimal auf die Herausforderungen der Zukunft vor. Es geht darum, dass unsere Betriebe im Freistaat die Chancen der Digitalisierung für ihre Produkte, Prozesse und Dienstleistungen rasch nutzen können. Auch das wichtige Thema IT-Sicherheit wollen wir mit dem Programm weiterentwickeln. Daher unterstützen wir beim digitalen Aufbruch kleine und mittlere Unternehmen mit einem Zuschuss von bis zu 10.000 bzw. 50.000 Euro über den Digitalbonus. Die LfA ergänzt dieses Angebot mit dem attraktiven, passgenauen und unbürokratischen Digitalkredit in einer Höhe von bis zu 2 Millionen Euro. So können sich insbesondere der Mittelstand und das Handwerk für das digitale Zeitalter fit machen.“

Das fördert Innovation, sichert Wachstum und erhält Bayerns Spitzenposition im internationalen Wettbewerb.“

Die Zukunft ist digital

Dr. Hans Schleicher, stellvertretender LfA-Vorstandsvorsitzender, ergänzt: „Die vierte Stufe der industriellen Revolution ist angebrochen. Bayerns Zukunft ist digital. Für Betriebe geht es jetzt darum, Geschäfts- und Arbeitsprozesse zu digitalisieren und die IT-Sicherheit zu verbessern. Das sichert ihre Wettbewerbsfähigkeit und schafft Kostenvorteile. Mit dem zinsgünstigen Digitalkredit und einer Finanzierung von bis zu 100 Prozent helfen wir dem Mittelstand dabei. Bis zu zwei tilgungsfreie Anlaufjahre sind beim Digitalkredit möglich. Bei fehlenden Sicherheiten können wir übrigens mit einer Haftungsfreistellung bzw. einer Bürgschaft den Kreditzugang erleichtern.“

Anträge für den Digitalkredit – wie auch den Zuschuss aus dem Digitalbonus – können Unternehmen bei der zuständigen Bezirksregierung stellen. Die Digitalkredite werden, wie andere Förderkredite der LfA, über die Hausbanken der Unternehmen ausgereicht. □

Zehn Empfehlungen an die Europäischen Aufsichtsbehörden

Gutachten des cep zur Arbeit der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden

Politische Konflikte dürfen nicht in Fachfragen auf Ebenen unterhalb der gesetzgebenden Organe ausgetragen werden, damit eine konsistente Finanzmarktregulierung entsteht. Weiterhin sollten Arbeitsstrukturen und die politische Kontrolle der Regulatorikmaßnahmen überprüft werden. So lautet ein zentrales Ergebnis des von Dr. Bert van Roosebeke, cep | Centrum für Europäische Politik, vorgelegten Gutachtens, das zehn Empfehlungen zur Arbeit der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden, gibt.

Nach fünfjähriger Tätigkeit der Europäischen Banken-, Wertpapier- und Versicherungsaufsichtsbehörden ist inzwischen eine zunehmende Regulierungsdichte und -vielfalt zu bilanzieren, deren Umsetzung und Einhaltung gerade Regionalbanken wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken unter Druck bringen.

Regulierungsflut

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, begrüßt deshalb die Aussagen des Gutachtens: „Auf der Ebene der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden werden mitunter Detailregelungen geschaffen, die teils über das Ziel hinausschießen, teils die ursprüngliche Absicht durch die Hintertür verändern und sich dabei manchmal sogar widersprechen. Es muss zudem sichergestellt werden, dass die Regulierungsmaßnahmen der EU besser auf Verhältnismäßigkeit und Konsistenz überprüft werden. Die Sparkassen sehen sich bereits heute einer kaum mehr überschaubaren Regulierungsflut gegenüber, sie dürfen nicht

noch mehr in ihrer Arbeit für die Wirtschaft in den Regionen eingeschränkt werden.“

Die europäische Aufsichtslandschaft hat sich seit dem Jahr 2011 wesentlich verändert. Mit den neuen Europäischen Aufsichtsbehörden im Banken-, Wertpapier- und Versicherungssektor EBA (European Banking Authority), ESMA (European Security and Markets Authority) und EIOPA (European Insurance and Occupational Pensions Authority) sollten gleiche Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene geschaffen und die Aufsicht in Europa besser verzahnt werden. Diese Behörden haben nur in den wenigsten Fällen direkte Aufsichtskompetenz. Sie konkretisieren jedoch Maßnahmen der Finanzmarktregulierung, die im Europäischen Parlament oder im Europäischen Rat beschlossen werden, in ihren technischen Details.

Das von der Finanzplatz München Initiative (FPMI) beauftragte Gutachten „Die Europäischen Aufsichtsbehörden“, ist auf der Webseite der fpmi unter www.fpmi.de unter „Positionen“ abrufbar. □

Trotz guter Wasserqualität:

Starke Keimbelastung im Trinkwasser keine Seltenheit

Sind Teile der Trinkwasserinstallation wie Rohre, Boiler und Leitungen verkeimt, hat sich oftmals ein sogenannter Biofilm gebildet, der gefährliche Keime wie Legionellen oder Pseudomonaden enthalten kann.

Legionellen und andere für den Menschen gefährliche Keime befinden sich selbst in hygienisch einwandfreiem Trinkwasser. Sie werden sozusagen vom Wasserversorger im Rahmen der zulässigen Grenzwerte ganz legal frei Haus geliefert. Das ist per se nicht schlimm. Denn diese Keime sind zunächst weder krankheitserregend noch vermehrungsfähig – noch nicht. Krankheitserregend sowie vermehrungsfähig und damit gefährlich werden sie erst, wenn sie sich in Biofilmen einnisten. Per Definition bestehen Biofilme aus Schleimschichten und Mikroorganismen. Im Alltag werden sie als eine Art Belag wahrgenommen. Die Symptome für eine Biofilm-Kontamination sind so vielschichtig wie das Vorkommen derselbigen.

Biofilme kommen ubiquitär in Trinkwasserverteilungssystemen vor. Der größte Teil der Biomasse im Verteilungsnetz befindet sich

an den Innenflächen der Trinkwasserrohre.

Mögliche Ursachen

Verkeimungen können durch kaputte Leitungen oder retrograde Kontamination, durch stehendes oder nur langsam fließendes Wasser entstehen. Stagniert das Wasser in den Leitungen oder fließt nur wenig Wasser mit wenig Druck durch die Leitungen, können sich leicht sogenannte Biofilme bilden, die dann dauerhaft Keime in das Trinkwasser abgeben. Aber auch mangelnde Hygiene in sanitären Anlagen kann zu einer Verkeimung des Wassers führen.

Ist beispielsweise der Wasserhahn nicht richtig gereinigt, können Keime in das Wasser gelangen. Trinkwasserinstallationen wie Rohre, Boiler, Leitungen, Wasserhähne aber auch Wasserspender und Schankanlagen kön-

nen verkeimen, weil am Auslaufhahn – also ganz am Ende der wasserführenden Leitung – Keime durch Berührung mit der Hand oder durch Oxidation mit der Luft entstehen. Diese wandern dann von dort aus in Maschinen und Leitungen zurück.

Trinkwasserverordnung

Grundsätzlich sieht die Trinkwasserverordnung vor, dass das Trinkwasser in Deutschland beim Endverbraucher frei von mikrobiellen Belastungen und nicht gesundheitsschädigend aus dem Wasserhahn kommt. Doch Keimbelastungen sind keine Seltenheit, und Biofilme in Leitungsabschnitten kommen häufiger vor als angenommen. Wandern schädliche Keime gegen den Wasserstrom durch die Rohre, spricht man von einer retrograden Verkeimung beziehungsweise Kontamination.

Für entsprechende Wasserhygiene sind saubere Leitungen eine Grundvoraussetzung. Es ist daher ratsam, wasserführende Systeme

regelmäßig zu entkeimen. Um hierbei einer schnellen Wiederverkeimung des Trinkwassers entgegenzuwirken, muss das Eingangswasser ebenfalls keimfrei sein.

„Das Ziel einer hygienekonformen Trinkwasserinstallation muss die Minimierung der Kontaminationsquellen und die Vermeidung idealer Replikationsbedingungen sein“, so Dipl. Ing. (TH) Joachim Czieslik, Geschäftsführer von Aquapura Systems.

Prinzipiell gibt es diverse Verfahren zur Prävention wie zum Beispiel Ultrafiltration, thermische und chemische Desinfektion, elektrolytische Herstellung von Hypochlorid vor Ort, Ozondesinfektion, UV-Bestrahlung sowie die biologische Reinigung. Letztere – die biologische Reinigung – betrifft die Anwendung mit Anolyte®, welches humanidentisch funktioniert. Wichtig zu verstehen ist hierbei, dass ein Abbau von Biofilmen weder durch eine thermische noch eine chemische Desinfektion, UVC oder eine Zugabe von Ionen innerhalb der erlaubten Grenzwerte erreicht werden kann. Teure bauliche Sanierungen von stark befallenen Systemen sind oftmals die einzige Lösung gewesen – bisher.

Mit dem patentierten Anolyte® von Aquapura Systems ist das nun anders. Anolyte® baut den gefährlichen Biofilm komplett ab. Wasserinstallationen können sogar während des laufenden Betriebs saniert werden, was einen weiteren Pluspunkt darstellt.

Für eine Bekämpfung des schädlichen Biofilms und den darin enthaltenen Legionellen, Pseudomonas und anderer pathogener Bakterien bietet Anolyte® die effektivste Lösung. Das Ergebnis ist keimfreies und gesundes Wasser zu 99,9 % bis zur letzten Entnahmestelle.

Mit Anolyte® behandeltes Wasser ist für Körperzellen – nachgewiesen und getestet – unschädlich und entspricht der europäischen Trinkwasserverordnung. Die Firma Aquapura Systems setzt mit Anolyte® einen

6. Der Einsatz im Arbeitsprozess kann durch eine höhere Selbstbestimmung der Nachwuchskräfte positiv mit deren Lebensweltenmodell in Einklang gebracht werden. Denkbar sind Auszeiten nach der Ausbildung oder dem Studium, die in Unternehmen mit einer schwierigen Arbeitsmarktlage helfen können, flexibler zu reagieren und gleichzeitig eine beidseitig hohe Bindung zu erhalten.

7. Regionale Kooperationen im Ausbildungs- und Personalmarketing helfen dabei, den Fachkräftenachwuchs auch in der Region zu halten.

8. Ältere Mitarbeiter mit ihren Kompetenzen weiter fördern und die Aufbau- und Ablauforganisation im Unternehmen darauf abstimmen.

Plädoyer für Dachmarke

Den Verbänden empfahl der Wissenschaftler, eine gemeinsame Dachmarke „Berufsausbildung und Fachkräftenachwuchs in der Energie- und Wasserversorgung“ der drei Verbände BDEW, DVGW und VDE zu schaffen. Zudem müssten die Verbände koordiniert mit dem Ziel vorgehen, durch eine strukturierte Kampagne die Unternehmen bei der Fachkräftesicherung zu unterstützen.

Auch sei die Gremienarbeit zur Facharbeiterausbildung durch einen hauptamtlichen Mitarbeiter der Verbände, der vorrangig für die Maßnahmen im Bereich „Berufsausbildung und Fachkräftenachwuchs“ tätig ist, deutlich zu stärken. Ferner, so Fassnacht, müssten die Bildungsgremien und Verbandsführungen stärker an der Steigerung der gesellschaftlichen Wertschätzung der betrieblich ausgebildeten Fachkräfte arbeiten. **DK**

Benchmark auf dem deutschen Wassermarkt und bereichert diesen durch seine Einzigartigkeit in der Wirkung sowie die Unschädlichkeit des Produktes.

Alle Anlagen von Aquapura Systems erzielen absolute Keimfreiheit (99,9 %) bis zur letzten Entnahmestelle und lassen sich überall dort einsetzen, wo Legionellen vorkommen können. Zum Beispiel in öffentlichen Einrichtungen und Ämtern, kleinen und

großen Wohngebäuden, Schulen, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Schwimmbädern bis hin zur Lebensmittelindustrie, Gastronomie und Fleischhandel.

Das patentierte Anolyte® wird zur Desinfektion und Wasseraufbereitung stets in den Einrichtungen vor Ort verwendet (DIP – Disinfection In Place), kann aber bei kleineren Mengen auch in Behältern angeliefert werden. **□**



Bahnstromkraftwerk Bittenbrunn der Donau-Wasserkraft AG:

Optimierte Versorgungssicherheit mit Öko-Bahnstrom

Seit Mitte September hören Naherholungssuchende beim Donaukraftwerk Bittenbrunn ein vernehmbares Rauschen. Die Donau fließt, für die aktuell niedrige Wasserführung unüblich, statt durch die drei Turbinen per Wehrüberlauf – so der Fachbegriff – über die Wehranlage des Kraftwerks Bittenbrunn der Donau-Wasserkraft AG (DWK). Die DWK gehört zu 99,25 Prozent der Rhein-Main-Donau AG und zu 0,75 Prozent der Uniper Kraftwerke GmbH, die auch die Betriebsführung der Anlage verantwortet.

Die Erzeugung von sauberem regenerativen Wasserkraft-Bahnstrom muss ausnahmsweise bis Anfang Dezember vollständig pausieren. Hintergrund ist die Erneuerung der 110.000-Volt-Freiluft-Schaltanlage. Über sie wird im Normalbetrieb der im Kraftwerk erzeugte Wasserkraftstrom in das 110.000-Volt-Bahnstromnetz der DB Energie, dem Netztochterunternehmen der Deutschen Bahn AG, zum ökologischen Betrieb des Bahnverkehrs eingespeist.

Fachleute von Uniper Kraftwerke GmbH sowie DB Netz AG, Siemens und Schneider Electric haben kürzlich mit den Modernisierungsarbeiten begonnen. Dadurch wird eine optimale Verfügbarkeit weiter langfristig sichergestellt. **□**

Neues Zentrum Staatsbäder in Bad Steben

2015 begann die größte Regionalisierung von staatlichen Behörden und Einrichtungen der letzten Jahrzehnte. Über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen mit 3.155 Personen werden aus Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns verlagert. Eine der vielen Einzelbausteine ist die Neugründung des Zentrums Staatsbäder in Bad Steben.

„Der Freistaat steht zu seinen historisch gewachsenen Einrichtungen in den Staatsbädern. Die fünf Staatsbäder sind ein wichtiger Partner und Wirtschaftsfaktor ihrer Region. Im neuen Zentrum Staatsbäder werden die mit dem Immobilienmanagement der Staatsbäder verbundenen Spezialkenntnisse noch effizienter genutzt. Dies gilt auch für die Bewirtschaftung der 16 Heilquellen“, teilte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder beim Festakt für die Neugründung des Zentrums Staatsbäder in Bad Steben mit.

Die Behördenverlagerung ist ein zentrales Instrument aktiver Strukturpolitik. „Wir schaffen sichere Arbeitsplätze und stärken die Infrastruktur des ländlichen Raumes“, betonte Söder.

Das Zentrum Staatsbäder ist an zentraler Stelle mitten im Kurpark im historischen Klenzsbau beheimatet. Im neuen Zentrum entstehen insgesamt vier hochqualifizierte Arbeitsplätze. Die Beschäftigten in Bad Steben werden künftig anspruchsvolle Aufgaben erfüllen. Sie verwalten eine Bilanzsumme von rund 100 Millionen Euro und jährliche Gesamtumsätze von etwa 11 Millionen Euro. Der Freistaat arbeitet in den Staatsbädern über die Kurgesellschaften eng mit den Kommunen sowie den Trägern der Kur- und Fremdenverkehrseinrichtungen im Interesse aller Beteiligten zusammen.

Etwa eine halbe Million Gäste kommen jährlich in die fünf

Staatsbäder. Rund 3,3 Millionen Übernachtungen werden registriert. „Die Staatsbäder können mit ihrer teils Jahrhunderte alten Tradition und Kompetenz punkten. Sie müssen sich aber auch neu ausrichten hin zum Gesundheitstouristen. Der Freistaat wird dabei seinem kulturellen Erbe und seiner Verantwortung unverändert gerecht werden“, betonte Söder.

Der Freistaat habe in den letzten 20 Jahren für die Liegenschaften der fünf Staatsbäder die beachtliche Summe von über 156 Millionen Euro aufgewendet. Das neue Zentrum Staatsbäder werde dabei darauf achten, dass die Staatsbäder-Flagschiffe Bad Kissingen und Bad Reichenhall ihre kleineren Schwesterschwesterbäder Bad Steben, Bad Brückenau und Bad Bocklet „stets im Schlepptau“ behalten.

Als erstes Großprojekt des Zentrums Staatsbäder steht die Ergänzung der Therme in Bad Steben um ein Freibadeangebot und neue gesundheitsspezifische Angebote mit einem Investitionsvolumen von sechs Millionen Euro an. Das Staatsbad Bad Steben wird damit wesentlich gestärkt. Die Eröffnung des Freibades wird im Mai 2018 sein. Die Anlage wird den vielfältigen Wünschen vor Ort, allen voran der Familienfreundlichkeit, in besonderem Maß entsprechen. Bis Ende November 2016 werden die Bauantragsunterlagen in der Gemeinde zur weiteren Bearbeitung vorliegen. **□**

DWA-Bundestagung in Bonn:

Die Zukunft im Blick

„Stadt, Land, Fluss – Deutsche Wasserwirtschaft – Garant für Lebensqualität“ lautete das Motto der Bundestagung der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) in Bonn. Mit ihrem vielfältigen Programm – 30 Vorträge, 35 Aussteller – präsentierte sich die DWA den rund 300 Teilnehmern einmal mehr als Seismograph für die aktuellen Themen der Wasserbranche.

Mit verschiedenen Rheinansichten aus der Perspektive der Anrainer, aus dem Blickwinkel der Medien und aus Sicht der Kunst startete das Programm der Bundestagung. Potenziale und Probleme einer länderübergreifenden Gewässerbewirtschaftung, wechselnde Perspektiven auf eine 1.230 Kilometer lange Flusslandschaft und kulturhistorische Betrachtungen über den Rhein bildeten die inhaltlichen Schwerpunkte der Eröffnungsvorträge.

Themenpalette

Darüber hinaus diskutierten Wasserfachleute über Klärschlammverwertung und Phosphorrückgewinnung, über die Wasserrahmenrichtlinie und Anforderungen an den zweiten Bewirtschaftungszyklus, über intakte Infrastrukturen als Voraussetzung für Lebensqualität, über Personalentwicklung in der Wasserwirtschaft, über den Zusammenhang von Überflutungsvorsorge und Klimawandel sowie über Wissensmanagement in der wasserwirtschaftlichen Praxis.

Über den Zustand der Kanalisation in Deutschland, basierend auf Ergebnissen der DWA-Umfrage 2015, informierte Uwe Neuschäfer, KASSELWASSER. Nach seinen Worten zeigt die Umfrage, dass in Deutschland sehr umfangreiche Kenntnisse über den Zustand der öffentlichen Kanalisation vorliegen und ein Kanalmanagement im Sinne des Werterhalts und der Erhaltung der Betriebsfähigkeit umfassend umgesetzt wird. Dennoch weisen rund ein Fünftel aller Kanalhaltungen Schäden auf, die kurz- bis mittelfristig zu sanieren sind. Dies entspricht einer Schadenslänge von etwa 3 % der Gesamtkanalnetzlänge.

Die Ergebnisse dieser Umfrage demonstrierten somit weiterhin einen hohen Investitionsbedarf für die nachhaltige Bewirtschaftung der „unsichtbaren“ Infrastruktur der Siedlungswasser-

versorgung auf. Es sei erforderlich, die vorhandenen oder zu erstellenden Sanierungsstrategien umzusetzen, um einem dauerhaften Substanzverlust des öffentlichen Kanalnetzes entgegenzuwirken. Hierfür sei die Information und Sensibilisierung kommunaler Entscheidungsträger notwendig.

Neuschäfer zufolge muss künftig der Prozentsatz der unbewerteten Kanäle genauer untersucht und minimiert werden. Das prozentuale Verhältnis der Sanierungshauptgruppen zueinander sei unter dem Aspekt der Substanzwerterhaltung zu bewerten. Schachtsanierungen sollten in der nächsten Umfrage gesondert betrachtet und private wie öffentliche Netze als ein Netz gesehen werden. Zudem sei die Identifikation der Bürger mit „ihrem“ Kanalnetz zu verbessern.

Für das Betriebspersonal bot die Tagung zwei Foren, die sich mit dem Betrieb von Kläranlagen und Kanälen beschäftigen. Neue Produkte wurden praxisorientiert erläutert; zudem stellte man ein neues Bildungsprojekt für Kläranlagen-Fachkräfte vor, das die DWA zusammen mit dem Bonner Abwassermeister und Ausbildungsleiter Achim Höcherl entwickelt hat.

Machbarkeitsstudie

Eine von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) finanzierte Machbarkeitsstudie zum Projekt QR-Codes in der Abwassertechnik belegt, dass Smartphones und Tablets das Lernen in Klassenraum und Praxis sinnvoll verbinden und die bisher getrennten Lernorte Berufsschule und Betrieb handlungsorientiert zusammenschließen. Dazu werden QR-Schilder mit theoretischen Lerninhalten an verschiedenen Stationen einer Kläranlage angebracht, zum Beispiel am Faulturm oder am Rechen. „Mit den QR-Codes wird das Büffeln ein Stück weit von der Schule in den Betrieb verlagert“, betonte Höcherl. Die Azubis könnten Abläufe und Zu-

sammenhänge direkt am Arbeitsplatz nochmals nachlesen. Vor allem aber: Das Lernen werde anschaulicher und mehr Spaß mache es auch, begründete Höcherl seine Idee.

Neben der QR-Code-Idee präsentierte die DWA an den Pinnwänden ihrer Bildungsbaustelle – so genannt, da es sich um Projekte im Entwicklungsstadium handelt – eine aktuelle Weiterbildung für Migranten im Berufsfeld Abwassertechnik und einen neuen Magnetkarten-Lernkoffer für Entwässerungssysteme.

Personalentwicklung

„Die Zukunft im Blick – Ergebnisse der Personalentwicklungsstudie der Verbände AGFW, DVGW, rfv und VDE“ lautete das Thema eines Vortrags von Projektleiter Axel Fassnacht, Institut ISAH der Leibniz Universität Hannover. Seinen Ausführungen zufolge können die branchenspezifischen Ausbildungsberufe schon heute nur noch mit außerordentlichen Anstrengungen besetzt werden. Wesentlich höhere Investitionen in das Personalmarketing seien notwendig, da man mit anderen Branchen konkurriert. Die Versorgungsunternehmen und Netzbetreiber müssten sich gerade in den regional geprägten Ausbildungsmärkten behaupten.

Ihnen gab Fassnacht folgende Empfehlungen mit auf den Weg:

1. Neue Zielgruppen unter den Jugendlichen ansprechen
2. Gezielte Ansprache von jungen Frauen, die bislang in technischen Berufen deutlich unterrepräsentiert sind
3. Die Arbeit an den Schulen weiter ausbauen
4. Aufgaben aus der Technik bei Energieversorgern bekannter machen

5. Das Unternehmen muss sich mittelfristig auf die Bedürfnisse der Generation Z (und Y) einstellen. Dazu zählen flexible Arbeits- und Studienzeiten mit der Möglichkeit für Home-Office, Vertrauensarbeitszeit, Teilzeitstudium/-ausbildung, Nutzung moderner Lernmedien, eine bessere Work-Life-Balance und die Möglichkeit für Auslandsaufenthalte, eventuell gefördert über das Erasmusprogramm beim BIBB.

Neue Blicke auf die Wallenfeser Ortsmitte

20 Architekten machen Entwürfe zur Neugestaltung des Marktplatzes

Fünf Teams aus Architekten und Landschaftsplanern beschäftigten sich im Rahmen einer Mehrfachbeauftragung mit der Neugestaltung des Marktplatzes. Die Bürger waren bei der dreitägigen Planungswerkstatt im Kulturzentrum eng in den Prozess eingebunden. Zahlreiche Wallenfeser nahmen die Einladung zur Mitarbeit an und schauten den Architekten nicht nur über die Schulter, sondern brachten sich mit eigenen Ideen in die Planungen ein.

Bei der Präsentation der Entwürfe im Foyer des „Kultis“ war das Interesse so groß, dass die Plätze nicht ausreichten. Erster Bürgermeister Jens Korn machte in seiner Begrüßung deutlich, wie wichtig die Wiederbelebung des Marktplatzes für die Flößerstadt ist: „Mit diesem zentralen Projekt der Stadtsanierung werden wir das Bild unseres Ortes auf Jahrzehnte prägen.“ Bewusst hätten sich Stadtrat und Regierung für eine sogenannte Mehrfachbeauftragung entschieden. „Bei diesem Verfahren können wir die Bürger von Anfang an einbinden“, so Korn. Angesichts der vielen Besucher der „Offenen Planwerkstatt“ am Freitag und der Abschlusspräsentation am Samstag war sein Urteil klar: „Das Verfahren ist schon jetzt ein Erfolg.“

Prof. Gerd Aufmkolk vom Nürnberger Büro wfg betreut die Mehrfachbeauftragung. Er betonte die Leistung der Architekten und

Landschaftsplaner bei der Planungswerkstatt: „Alle Beteiligten haben ihr gesamtes berufliches Können und ihre Lebenserfahrung wie in einer Lupe auf Ihren Ort gerichtet.“ Gerade durch die vielfältigen Möglichkeiten zum Dialog mit den Bürgern habe man versucht, sich in die Wallenfeser und ihre Lebenssituation hineinzuversetzen.

Offensichtlich ist dies gelungen. Denn die Besucher folgten den Präsentationen aufmerksam und konzentriert. Man hätte im Foyer des „Kultis“ die sprichwörtliche Stecknadel fallen hören können. Die vorgestellten Entwürfe wiesen zahlreiche Gemeinsamkeiten auf. So wollen alle Beteiligten die Wasserflächen vergrößern und eine terrassenartige Situation ausbilden. Allerdings wurden bei den Vorträgen auch erhebliche Unterschiede deutlich.

„Wir waren anfangs nicht begeistert, dass das Haus Markplatz

6 (ehemalige Quelle) abgerissen werden soll“, gab Tobias Baldauf vom Büro Bauchplan zu. Allerdings sei man nun davon überzeugt, dadurch neue visuelle Bezüge schaffen zu können. „Wir holen die Kirche wieder ins Dorf“, so der Planer aus München. Eine zentrale Rolle im Konzept der Bürgergemeinschaft mit den Nürnberger Architekten von SRAP spielt die zukünftige Nutzung des Hauses Markplatz 4. Die Planer wollen dort einen „Schaltraum“ schaffen, der von den Bürgern als Treffpunkt genutzt werden kann. Optisch soll diese Offenheit für alle durch die komplette Verglasung des Erdgeschosses deutlich werden.

Die Mannschaft der Freiraumpioniere und des Büros Umbau Stadt aus Weimar will den Marktplatz konsequent von allen Absperrungen und Hindernissen befreien, Gitter und Zäune sollen komplett wegfallen. Die Wasserfläche will das Team aus Weimar deutlich vergrößern und damit dem früheren Zustand annähern. Auf der Fläche des jetzigen Hauses Frankenwaldstraße 1 soll zudem ein „Stadtbalkon“ entstehen. Eine zentrale Rolle in den Plänen

der Arbeitsgemeinschaft spielt die Nutzung der aktuellen Leerstände. „Sie müssen versuchen, die Kräfte auf diesen Ort zu konzentrieren“, appellierte Marcus Hamberger. Bewerbstelligen wollen die Architekten dies durch die Umgestaltung des ehemaligen „Karzarella“ in ein „Wallenfeserhaus“ und die Nutzung der ehemaligen Schmidtbank für Apotheke und Wohnen. Auch der Platz vor dem Kultis soll durch einen Brunnen aufgewertet werden.

Friedemann Rentsch von Schieferdecker und Rentsch machte den Wallenfesern Mut: „Wir haben ihre Geschichte in die Zukunft gedacht und festgestellt, dass Sie allen Grund haben, optimistisch zu sein.“ Zusammen mit seinen Kollegen aus Dresden will er dem Platz neue Impulse verleihen. Besonderes Augenmerk legen die Planer dabei auf die Seite des Platzes mit der ehemaligen Schmidtbank, dort soll der „Südhof“ entstehen. Im Erdgeschoss ist Einzelhandel und in den Obergeschossen bis zu zehn Wohnungen vorgesehen. Mit einer Linde will Franziska Schieferdecker sprichwörtlich „Verwurzelung“ und Identität schaffen. Vor allem für Kinder soll der Mühlbach erlebbar gemacht werden.

„Aktuell ist man bereits am Marktplatz vorbeigefahren, bevor man ihn überhaupt wahrnimmt“, stellte Rita Lex-Kerfers für ihr Team fest. Aus diesem Grund fasst das Büro aus Bockhorn den Sanierungsbereich weiter: Von der sogenannten „Buchbinderskurve“ zum Kulturzentrum und im Norden bis zum Kriegerdenkmal. Auch Lex-Kerfers orientiert sich am historischen Vorbild und vergrößert die Wasserflächen. Eine „Panoramaterrasse“ in der Frankenwaldstraße soll fürs Parken und als Aussichtspunkt genutzt werden. In der Diskussion wurden die Pläne von den Bürgern positiv aufgenommen. „Ich sehe meine Heimatstadt jetzt mit ganz anderen Augen“, stellte Agathe Maier fest. „Das sind schöne Vorschläge, aber wer soll das bezahlen“, gab hingegen Bernhard Schlee zu bedenken. Bei den Wasserflächen sah er das Problem des Unterhaltsaufwandes. Hausarzt Ulrich Voit zeigte sich begeistert von der Idee eines überdachten Raums am Platz. „Eine Entschleunigung des Verkehrs würde mir sehr gefallen“, merkte er aus der Perspektive des



Bürgermeister Jens Korn (links) lud insgesamt 20 Architekten und Landschaftsplaner nach Wallenfeser ein, um an der Neuordnung der Ortsmitte zu arbeiten.

sen“ an den Platz gezogen werden.

Deutlich von den Mitbewerbern hob sich das Büro Verde aus Freising ab: „Wir wollen die Kirche gar nicht ins Dorf holen“, erklärte Robert Wenk. Der Bau sei bereits jetzt dominant genug. Wichtiger ist den Architekten, die bestehende Raumkante auch nach dem Abriss des Hauses Markplatz 6 zu erhalten. Sie schlagen daher ein „offenes Gemeinschaftshaus“ an dieser Stelle vor. Die hallenartige Holzkonstruktion soll für Märkte genauso wie für Feste oder einen Glühweinstand im Winter genutzt werden können. Der Figur des Heiligen Nepomuk, die aktuell neben dem Rathaus ein Schattendasein fristet, wollen die Oberbayern einen neuen Standort auf dem Platz geben.

In der Diskussion wurden die Pläne von den Bürgern positiv aufgenommen. „Ich sehe meine Heimatstadt jetzt mit ganz anderen Augen“, stellte Agathe Maier fest. „Das sind schöne Vorschläge, aber wer soll das bezahlen“, gab hingegen Bernhard Schlee zu bedenken. Bei den Wasserflächen sah er das Problem des Unterhaltsaufwandes. Hausarzt Ulrich Voit zeigte sich begeistert von der Idee eines überdachten Raums am Platz. „Eine Entschleunigung des Verkehrs würde mir sehr gefallen“, merkte er aus der Perspektive des

Fußgängers an. „Wir brauchen dringend Visionen“, stellte Reinhard Müller-Gei fest. Er mahnte an, bei der Platzgestaltung die Parkplätze nicht zu vergessen.

Weiterer Zeitplan: Bis zum 2. November müssen die Büros die ausgearbeiteten Pläne eingereicht haben. Ein Beratungsgremium aus Vertretern des Stadtrates, Wallenfeser Bürgern und Fachleuten wird schließlich am 18. November einen Siegerentwurf küren. Alle Planungen werden im Rahmen des Wallenfeser Weihnachtsmarktes am 27. November ausgestellt. Die Realisierung der Pläne ist für das Jahr 2018 vorgesehen.

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82538 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Integration von Flüchtlingen in Mainfranken:

Startschuss für neues Regionalnetzwerk

Flüchtlinge beschäftigen, aber wie? Vor dieser Frage standen und stehen auch zahlreiche mainfränkische Unternehmen. Um Informationen und Erfahrungen auszutauschen, haben sich mainfränkische Arbeitgeber in Würzburg jetzt zu einem neuen Regionalnetzwerk namens „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ zusammengeschlossen.

Rund 100 Vertreter aus Unternehmen, Politik und Verwaltung wohnten der Auftaktveranstaltung bei. Mit jährlich zwei Regionalnetzwerktreffen wollen die Wirtschaftskammern die neue Initiative fortführen. Das Regionalnetzwerk ist eng an das im März dieses Jahres gegründete, gleichnamige Bundesnetzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ geknüpft – eine Initiative des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gefördert wird. Mit Unterstützung der Bundesinitiative installieren IHK und Handwerkskammer das Netzwerk regional und unterstützen die Unternehmen vor Ort.

Laut Dieter Pfister, Vizepräsident IHK Würzburg-Schweinfurt, kommt der Wirtschaft im Zuge der Integration von Menschen mit Fluchthintergrund eine Schlüsselrolle zu. Von den 13.000 Flüchtlingen in Unterfranken sei mehr als die Hälfte jünger als 25 Jahre. Ihre Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt stelle eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. „aber angesichts unseres Demografie-Problems vielleicht auch eine Chance“.

Nach den Worten von Hugo Neugebauer, Präsident der HWK für Unterfranken, ist die Bereitschaft der regionalen Wirtschaft, Flüchtlingen einen Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz anzubieten, groß. Gerade das Handwerk könne als einer der größten Integrationsmotoren im Land betrachtet werden, denn: „Ohne berufliche Integration wird es keine gesellschaftliche Integration geben.“

Grußworte überbrachten Dr.-Ing. Anette Rückert, Abteilungsleiterin Fachkräfte, Qualifizierung von Flüchtlingen und Digitale Bildung des Bundesministe-

riums für Wirtschaft und Energie sowie Dr. Paul Beinhofer, Regierungspräsident von Unterfranken. Er zeigte sich überzeugt, „dass es unseren Unternehmen hier in Unterfranken nicht an Offenheit und Bereitschaft mangelt, Flüchtlinge zu beschäftigen. Gleichzeitig darf nicht unerwähnt bleiben, dass es uns allen am umfassenden Wissen und verständlicher Weise auch an Erfahrungen fehlt, wie man Integration bei der Vielzahl der Flüchtlinge praktisch und erfolgreich anpackt.“

Beinhofer warb dafür, „dass sich sowohl unsere Bürgerinnen und Bürger als auch die Flüchtlinge in dem dynamischen, lange andauernden und sehr differenzierten Prozess des Zusammenführens und Zusammenwachsens auf den vor uns liegenden „Langstreckenlauf“ einstellen“. Unterschiedlichste Kulturen, Religionen und Sprachen träfen aufeinander und bildeten Spannungsfelder. Täglich berichteten die Medien über schwierige, ja eskalierende Situationen, aber auch erfreulicherweise über gelungene Verständigungen. „Verständigung benötigt eine gemeinsame Sprache“, so der Regierungspräsident.

Für Unterfranken bedeutet dies in Zahlen: Von den seit Juli 2015 bis Ende August 2016 in Unterfranken in Erstaufnahmeeinrichtungen angekommenen 20.410 Asylbewerbern sind zum 1. September 2016 noch 12.742 in staatlichen Unterkünften untergebracht. Hiervon haben bereits im ersten Halbjahr 2016 3.039 Personen eine Anerkennung erhalten und dürfen zunächst zumindest drei Jahre in Deutschland bleiben. Sie stehen damit dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

„Wird zusätzlich berücksichtigt, dass nur ca. 2 Prozent der Asylbewerber über deutsche Sprachkenntnisse verfügen, die-

jenigen aus Herkunftsländern mit langen Bürgerkriegsphasen nur eine sehr geringe Allgemeinbildung vorweisen und abgeschlossene Berufsausbildungen die Ausnahme sind, dann kann man das Ausmaß der Aufgabe erahnen, sicherlich aber nicht bemessen. Dies soll nicht abschrecken, sondern eher werben für einen „langen Atem“, der aller Voraussicht nach mindestens sieben bis zehn Jahre anhalten sollte“, unterstrich Beinhofer.

Gleichwohl dürften nicht die sich bietenden Chancen übersehen werden, fuhr der Regierungspräsident fort: 71 % der Asylbewerber seien jünger als 30 Jahre und sogar 31 % unter 18 Jahren und damit noch gut in das deutsche Schulsystem „mit Vorlauf“ zu integrieren. Beinhofer bezog sich hier vor allem auf die in Unterfranken installierten 76 BerufsinTEGRATIONSVORKLASSEN für das 1. Jahr sowie 29 Klassen für das 2. Jahr im aktuell begonnenen Schuljahr 2016/2017.

Eine interne Umfrage an verschiedenen Berufsschulen habe erneut bestätigt, dass für einen erfolgreichen Berufsabschluss die Sprachkenntnisse entscheidend sind. Auch verringerten sich mit der Zeit die Anlaufschwierigkeiten, wenn der Schüler zusätzlich gefördert und unterstützt wird. Gleichzeitig passe in das Bild, dass die Ausbildung leichter fällt, je höher der Praxisanteil ist, konstatierte Beinhofer.

Da die Schule es allein unmöglich schaffen könne, junge Asylbewerber auf ein Sprachniveau zu bringen, das sie befähigt, die Ausbildung erfolgreich abzuschließen, „sind wir alle neben den Unternehmen gefordert“, betonte der Präsident. Wichtig seien dabei gerade auch soziale Kontakte, damit eine reale Chance besteht, die Sprache zu beherrschen. Der Startschuss für das Regionalnetzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge in Mainfranken“ stelle hier eine wichtige Unterstützung bei den alltäglichen Fragen im Berufsleben für engagierte Unternehmen dar. **DK**

Begegnungen mit Frankreich

Partnerschaftspreis: Zwei Schulen aus dem Landkreis Aschaffenburg ausgezeichnet

Würzburg. Wenn die Dritt- und Viertklässler der Grundschule Kleinostheim in die französische Gemeinde Bassens reisen, hat das mit Tourismus nichts zu tun. „Die Kinder lernen nicht nur ein fremdes Schulsystem kennen, sie erfahren auch, wie französische Familien leben“, so Konkretin Christiane Dankert. Weil sich die Kleinostheimer Schule intensiv für deutsch-französische Begegnungen engagiert, erhielt sie in Würzburg den Partnerschaftspreis des Bezirks Unterfranken.

Seit 14 Jahren verleiht der Bezirk Partnerschaftspreise. Jedes Jahr geht es um ein anderes Thema. Für den diesjährigen Preis durften sich Grund-, Mittel-, Förder- und Berufsschulen bewerben. Sechs Bewerbungen gingen ein. Die Jury entschied sich für vier Kandidaten, zwei davon stammen aus dem Landkreis Aschaffenburg. Der mit 2.000 Euro dotierte 1. Preis ging an die Wilhelm Emmanuel von Ketteler Grundschule in Kleinostheim. 1.100 Euro erhielt die Grundschule in Bessenbach als zweiter Preisträger.

„Der Austausch der Grundschule Kleinostheim mit zwei französischen Schulen überzeugte die Jury durch seine professionelle Organisation und die originellen, vielseitigen und gut durchdachten Programme“, lobte Bezirkspräsident Erwin Dotzel. Unter anderem berichten die Kinder, die nach Bassens fahren, in einem Blog von ihren Abenteuern in Frankreich: „Um den Daheimgebliebenen Lust zu machen, selbst einmal an einem Schüleraustausch teilzunehmen.“

Beziehungen zu Frankreich bestehen seit langem. Im Jahr 2007

wurde der Kontakt intensiviert. Begegnungen finden seither im Zwei-Jahres-Rhythmus statt. Um sich auf die Frankreich-Fahrten vorzubereiten, können die Kinder freiwillig an einer Französisch-AG teilnehmen. Von den 270 Grundschulern lernen aktuell 20 neben dem Regelunterricht die französische Sprache.

„So etwas gibt es bei uns nicht, allerdings organisieren wir vor den Frankreich-Fahrten Crash-Kurse in Französisch“, berichtete Doris Hihn-Jones, die an der Bessenbacher Grundschule den Schüleraustausch organisiert. Alle zwei Jahre fahren Dritt- und Viertklässler in die drei kleinen Ortschaften Dury, Saint-Fuscie und Sains-en-Amienois in der Picardie. Dazwischen kommen die französischen Kinder nach Bessenbach.

Der Schüleraustausch startete Mitte der 1980er Jahre. „Diese Kontinuität hat der Jury imponiert“, so Dotzel in seiner Laudatio. Sämtliche Aktivitäten während des Austauschs finden in gemischten Gruppen statt. Heuer im Mai realisierten Schüler aus der Picardie und Schüler aus Bessenbach gemeinsam ein Theaterstück. **Pat Christ**

Prägende Momente

Mitgliederversammlung der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern

Ein ausgezeichnetes Zeugnis hat Professor Dr. Tobias Chilla von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern ausgestellt. Wie er bei ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung in Nabburg ausführte, gehöre die AG zu einer der institutionell und funktionell am besten integrierten Euroregionen in Europa, was Chilla anhand wissenschaftlicher Parameter belegte.

Über die Schwerpunkte des vergangenen Jahres informierte Dr. Birgit Seelbinder, Präsidentin der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern und Oberbürgermeisterin a. D.: den Start der neuen INTERREG-Förderperiode, das neu eingerichtete Beratungsbüro und das Jubiläum „20 Jahre Bayerisch-tschechisches Gastschuljahr“.

Seit nunmehr 25 Jahren fördert die Europäische Union mit den INTERREG-Programmen die Arbeit in den Grenzregionen. Laut Seelbinder hat das neue EU-Förderprogramm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit Freistaat Bayern-Tschechische Republik „Ziel ETZ 2014-2020“ oder „INTERREG V“ nach seinem Start im letzten Jahr weitere entscheidende Hürden genommen.

In der neuen Förderperiode werden im bayerisch-tschechischen Grenzraum folgende Themenschwerpunkte maßgeblich sein: Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, Umweltschutz und Förderung der Ressourceneffizienz, Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen sowie Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Förderung einer effizienten öffentlichen Verwaltung.

Großprojekte im Visier

Mit Blick auf die Großprojekte mit Gesamtkosten über 25.000 Euro verwies Seelbinder darauf, dass mit einem Fördersatz von 85 Prozent auf beiden Seiten statt vorher 70 Prozent das neue Programm für bayerische Projektträger noch interessanter geworden sei. Anträge für Großprojekte würden über ein elektronisches Verfahren gestellt, „das in unserem Programmraum völlig neu und auch technisch sehr anspruchsvoll ist“.

Das elektronische Antragsformular für Großprojekte sei im Januar freigeschaltet worden. Projektträger konnten bis Anfang März die ersten Förderanträge stellen, die dann bei der Begleitausschuss-Sitzung im Juni in Bismarckstraße behandelt wurden. In diesem Gremium sei die Euregio Egrensis mit Sitz und Stimme vertreten.

Der Begleitausschuss plante von den 61 behandelten Anträgen aus Bayern und Tschechien 35 Maßnahmen ein, die übrigen wurden zur Überarbeitung zurückgestellt, einige wurden abgelehnt. Von den insgesamt 103 Mio. Euro Fördermitteln für den gesamten bayerisch-tschechischen Grenzraum wurden damit bereits rund 40 Prozent gebunden. Eine weitere Einreichfrist für Großprojekte endete im August. Diese Projekte werden im Dezember im Begleitausschuss behandelt. Projektanträge für Großprojekte können laufend über das Online-Portal des INTERREG-Programms beantragt werden.

Stichwort Kleinprojekte (Maßnahmen bis 25.000 Euro Gesamtkosten): Nach Seelbinders Worten unterzeichnete das bayerische Wirtschaftsministerium mit der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern im Mai einen Beleihungsvertrag. „Damit hat der Freistaat Bayern uns wieder die eigenverantwortliche Umsetzung des Dispositionsfonds übertragen. Die bayerische Euregio-Arbeitsgemeinschaft fungiert beim Dispositionsfonds als „Lead-Partner“ für die Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Böhmen, die der

Projekt-Partner auf tschechischer Seite ist und die ein entsprechendes Budget für ihr Gebiet abwickeln kann.“ Auf bayerischer Seite stehen dafür für den gesamten Förderzeitraum insgesamt 2 Mio. Euro Fördermittel aus dem INTERREG-Topf zur Verfügung, „das heißt jährlich rund 300.000 Euro für bayerische Antragsteller aus unserem Euregio-Gebiet“.

Seelbinder zufolge können im Gegensatz zu den Großprojekten Anträge im Dispositionsfonds weiterhin in Papierform gestellt werden. Neu ist, dass der Antrag in zweisprachiger Form auf Deutsch und Tschechisch eingereicht werden muss. Eine Verbesserung für Projektantragsteller im Vergleich zur abgelaufenen Förderperiode besteht – neben dem Fördersatz von nunmehr 85 Prozent – darin, dass Einnahmen und zweckgebundene Spenden dem erforderlichen Mindesteigenanteil des Projektträgers von 10 Prozent zugerechnet werden können. Für diese deutliche Erleichterung hat sich die Euregio Egrensis im Interesse ihrer Mitglieder bei den vorangegangenen Konsultationen bei der Verwaltungsbehörde und anderen übergeordneten Stellen nachhaltig eingesetzt. Ebenso können, sofern für ein Projekt Personal fest angestellt wird, optional neuerdings Pauschalen in Anspruch genommen werden, die die spätere Abrechnung vereinfachen.

Ende 2014 hat das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat ein bayerisch-tschechisches Entwicklungsgutachten in Auftrag gegeben. Nach Darstellung der Präsidentin sollte das Gutachten gezielt nach regionalen Entwicklungsmöglichkeiten jenseits der Ballungsräume suchen. Eine Konse-

quenz aus dem Entwicklungsgutachten sei die Einrichtung von drei Beratungsbüros in den drei bayerischen Regierungsbezirken im Grenzraum, von denen eines bei der Euregio Egrensis in Marktredwitz angesiedelt wurde. Das Beratungsbüro hat im April seine Arbeit aufgenommen.

Konkret soll das Beratungsbüro Förderberatung für die Programme INTERREG B, INTERREG EUROPE und „Start Transnational!“ anbieten und Unterstützung bei der Vorbereitung von Projektförderanträgen leisten. Zudem wird das Augenmerk auf ein verstärktes Netzwerk- und Projektmanagement zwischen Bayern und Böhmen gelegt. Exemplarisch führte Birgit Seelbinder die Kooperation der Heilbäder Bad Alexandersbad, Neualbenreuth und Franzensbad an.

Förderberatung

Darüber hinaus sollen grenzüberschreitende Projekte in den Bereichen Sprache und Gesundheit betreut werden. Vorgesehen ist, dass das Beratungsbüro weitere eigene Projekte mit überregionalem Charakter entwickelt, so z. B. ein deutsch-tschechisches Wörterbuch zum Rettungswesen sowie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

Wie Seelbinder abschließend darlegte, prägt das Bayerisch-Tschechische Gastschuljahr die Arbeit der Euregio Egrensis schon seit vielen Jahren. Mehr als 550 tschechische Gymnasiasten konnten im Lauf der Jahre ein Gastschuljahr an einem Gymnasium im bayerischen Teil der Euregio verbringen. Unter dem Titel „20 Jahre Bayerisch-Tschechisches Gastschuljahr in der EUREGIO EGRENSIS – Verbindungen früher & heute“ habe die Arbeitsgemeinschaft im Rahmen einer festlichen Jubiläumsfeier in Wunsiedel das 20-jährige Bestehen dieses Projektes gefeiert. Dabei sei der Blick nicht nur auf ehemalige und aktuelle Gastschüler als Botschafter ihres Landes gelenkt worden,

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„In was für einer Zeit sollen wir leben? In der postfaktischen? Aber hatten Fakten denn schon jemals die Bedeutung, die sie eigentlich haben sollten?“ Mein Chef, der Bürgermeister, stellte im Angesicht der neuen gesellschaftlichen Diskussion erst mal einige Fragen.

Postfaktische Gesellschaft soll wohl einfach heißen, dass weite Kreise sich im öffentlichen Diskurs, in der politischen Debatte und der Meinungsbildung nicht mehr um Tatsachen scheren, sondern rein ihrem Gefühl vertrauen oder sich gar vollends in eine Welt der Einbildung flüchten.

Letzteres ist allerdings so neu nicht. Treue Leser der Gemeindezeitung wissen ja, dass ich mich jetzt schon eine geraume Zeit um das Vorzimmer des Bürgermeisters kümmere. Und wer in so einem Vorzimmer sitzt, für einen Abgeordneten oder anderen Mandatsträger arbeitet, der weiß, wie viele

gerbewegung ist aber die Grenze überschritten, die Wahnvorstellungen von kriminellem Wahnsinn trennt.

Dazu kommt eine immer stärker zu beobachtende Bereitschaft, auch die faustdickste Lüge zu akzeptieren, wenn sie nur von jemandem kommt, der „die da oben“ oder das „Establishment“ angreift. Wir sehen es in Amerika, wenn Donald Trump eine abenteuerliche Lüge nach der anderen rauspfeffert, wenn er widerlegt wird, diese kackdreist wiederholt – und sein Publikum jubelt. Faktencheck? Pustekuchen!

Auch hierzulande können wir immer öfter beobachten, wie politische Debatten einfach mit kruden Behauptungen angeheizt werden, die dann durch dauerndes Wiederholen und heftiges Bestreiten der Wahrheit ihre Eigendynamik bekommen. Wir haben es durch Internet, Google und unerschöpfliche Online-Archive so leicht wie nie zuvor, Tatsachen zu recherchieren, Aussagen zu überprüfen und Ungenauigkeiten zu entlarven. Aber wenn man sich der Mühe unterzieht, heißt es „Lügenpresse“ und „wir fallen nicht auf die Manipulationen im Netz rein.“

Salopp könnte man ja sagen, Lügen gehören halt zum politischen Spiel. Einspruch meinerseits, aber lassen wir es mal als Hypothese stehen. Man lügt, um Unwissenheit zu vertuschen, um Zeit zu gewinnen oder um eine Fehlleistung zu verschleiern. Alles o.k., aber wenn man erwisch wurde, wählte man dann früher nicht den taktischen Rückzug, die Relativierung, zog man nicht die Karte mit der Aufschrift „Missverständnis“, „Blackout“, „Unterzucker“ oder trat zurück? Aber dass heute nicht der den Schwarzen Peter hat, der lügt, sondern der, der die Lüge entlarvt, ist neu.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist auch besorgt. Welche Kluft tut sich da in unserem Land auf? Und wie gelingt es denjenigen, die vernünftig und abgewogen politische Zukunftsfragen oder gesellschaftliche Entwicklungen diskutieren wollen, mit diesem neuen Stil der Negationskommunikation umzugehen? Vielleicht tröstet in dieser Situation ein Zitat von Jean Paul: „Je mehr Schwäche, je mehr Lüge. Die Kraft geht gerade.“

Die postfaktische Gesellschaft

Wahnideen in der Welt herumgeistern. Unser Land wird wahlweise von den Amerikanern oder Russen regiert, Außerirdische haben uns allen kleine Radioempfänger eingepflanzt, mit denen sie uns steuern oder – das Beste – uns gibt es eigentlich nicht. Wir sind nur Figuren in einem Videogame und es gibt deshalb so viel Ungerechtigkeit auf der Welt, weil der Programmierer noch nicht fertig ist. Nur eine kleine Auswahl aus Zuschriften aus zehn oder 15 Jahren Bürgermeister-Büro.

Neu und echt besorgniserregend sind allerdings solche Bewegungen wie die Reichsbürger. Die Wahnvorstellung, das Deutsche Reich existiere noch weiter, meine ich ebenso wenig wie die Tatsache, dass sich irgendwo in den unendlichen flachen Weiten Niedersachsens ein älterer Herr eine Schärpe und einen Paradesäbel umgürtet, um sich als Reichskanzler vorzustellen. Es ist die perfide Art des Umgangs mit den staatlichen Organen und nicht zuletzt die entsetzliche Gewaltbereitschaft, die sich mit diesen Wahnideen verbindet, die erschrecken. Alles Bisherige konnte in den großen Kosmos zwischen Exzentrik und Dachschaden einsortiert werden. Bei der Reichsbür-

sondern auch auf Kaiser Karl IV. und die ihm gewidmete bayerisch-tschechische Landesausstellung. **DK**

ihre Sabriua

Hans Podiuk zum 70. Geburtstag:

Konsequent Kurs gehalten

Jubiläumsfeier des Bundes der Steuerzahler in Bayern im Münchner Rathaus

Als „Kämpfer für die gerechte Sache“ hat sich Hans Podiuk nicht nur in der Münchner Kommunalpolitik, sondern auch als Verwaltungsratsvorsitzender des Bundes der Steuerzahler in Bayern einen hervorragenden Ruf erworben. Anlässlich seines 70. Geburtstages lud der BdSt nun zu einer Jubiläumsfeier mit zahlreichen Weggefährten ins Münchner Rathaus.

„Wir wissen Dich sehr zu schätzen, lieber Hans. Du bist ein pfundiger Freund und Kamerad für den Bund der Steuerzahler“, betonte Präsident Rolf von Hohenhau in seiner Begrüßung. „Unser bayerischer Steuerzahlerlöwe“ sei ein harter, konsequenter Arbeiter, lebensfroh und stets neugierig. Sein Augenmerk sei auf die künftigen Generationen gerichtet. „Solche Menschen brauchen wir!“, würdigte von Hohenhau Podiuks Lebensleistung.

42 Jahre im Dienste der Kommunalpolitik

Die politische Laufbahn des Jubilars ließ Staatskanzleichef Dr. Marcel Huber Revue passieren. Hans Podiuk gehört seit 1978 dem Münchner Stadtrat an. Von 1995 bis 2006 war er CSU-Fraktionsvorsitzender, ehe er an Josef Schmid die Fraktionsleitung übergab. Nach dessen Wahl zum Münchner Bürgermeister übernahm Podiuk 2014 wieder die Fraktion. Zum Jahresende will er allerdings seinen Stuhl für einen Jüngeren frei machen und 2020 seine politische Laufbahn beenden. „42 Jahre haben Sie dann als

echtes Münchner Kindl im Dienste ihrer Heimatstadt gewirkt – uneitel und stets loyal“, hob Huber hervor.

Beim Bund der Steuerzahler in Bayern, „dem Gralshüter der Lei-



Hans Podiuk. **DK**

stungsgerechtigkeit“, war der Jubilar von 1982 an Mitglied des Verwaltungsrates; seit 2010 ist er dessen Vorsitzender. Für seine zahlreichen Verdienste erhielt Podiuk 1996 die kommunale Verdienstmedaille in Bronze und 1998 das Bundesverdienstkreuz am Bande. 2008 wurde er mit der Goldenen Bürgermedaille der Landeshauptstadt München und 2009 mit der Medaille für besondere Verdienste



„Die Hälfte des Himmels – 99 Frauen und DU“

Anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Gleichstellungsstelle im Landkreis Fürstfeldbruck wurde im Landratsamt eine besondere Ausstellung gezeigt: „Die Hälfte des Himmels – 99 Frauen und DU“. Zu sehen waren 55 Portraits von Frauen im Alter zwischen 15 und 92 Jahren, aus allen Schichten und von unterschiedlichster Herkunft. Es sind Frauen, deren Leben viele Facetten hat, einige von ihnen haben Gewalt erlebt. Es gab aber auch etwas zu hören. Mit Hilfe von Audio-Guides erhielt man von 99 Frauen Antworten auf die Fragen: Was gibt mir Stärke, woher kommt meine Freude, wie kann ich mich schützen, wie kannst Du dich schützen?

Im Bild (v. l.) Kreisrätin Petra Weber, Referentin für Gleichstellung, Integration und Migration, Martina Drechsler, stellvertretende Landrätin und Annermarie Fischer, Leiterin der Gleichstellungsstelle im Landratsamt Fürstfeldbruck bei der Ausstellungseröffnung und anschließender Feier zum 30-jährigen Bestehen der Gleichstellungsstelle. **DK**

für den bayerischen Steuerzahler.

Einen parodistischen Parforceritt absolvierte Kabarettist Wolfgang Krebs, als er im Anschluss die CSU-Dreifaltigkeit Seehofer, Söder und Stoiber zu Wort kommen ließ, die dem Jubilar Podiuk mit ihrer ganz speziellen Rhetorik huldigten. In filmischen Beiträgen wurden zudem Laudationes von Reiner Holzengel (Präsident des Bundes der Steuerzahler), Dr. Ingo Friedrich (Vizepräsident des Europäischen Parlaments a.D.), Bürgermeister Josef Schmid, MdB Johannes Singhammer, Heimat- und Finanzminister Dr. Markus Söder sowie des ehemaligen CSU-Vorsitzenden und bayeri-

schen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber eingestreut.

Dem Hauptprotagonisten oblag es zum Abschluss, einige Worte an die Festgäste zu richten. Hans Podiuk bedankte sich für Zuspruch und würdige Worte, fasste sich dabei aber kurz, ganz im Sinne von Teresa von Avila, die er mit den Worten zitierte: „O Herr, bewahre mich vor der Einbildung, bei jeder Gelegenheit und zu jedem Thema etwas sagen zu müssen.“ Keineswegs verzichten wollte der Jubilar freilich auf ein großes Dankeschön an seine „bessere Hälfte“, Ehefrau Hannelore, die auf ihn stets ausgleichend und harmonisch eingewirkt habe. **DK**

Mittelfränkischer Hospiztag in Ansbach

Rund 120 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer der Hospizvereine trafen sich in der Ansbacher Orangerie beim „Mittelfränkischen Hospiztag“. Über 20 Hospizvereine sind über den Regierungsbezirk verteilt. Er unterstützt die Veranstaltung organisatorisch und finanziell seit ihren Anfängen im Jahr 2001.

Laut Bezirkstagspräsident Richard Bartsch hat sich der Hospiztag mittlerweile zu „einem Treffen von Gleichgesinnten“ entwickelt und er freue sich „als Pate“ dabei zu sein. Aus einer aktuellen Studie geht hervor, dass Zweidrittel der Deutschen zuhause sterben wollen. Aber nur auf 20 Prozent trifft das zu. „Hier müssen wir versuchen, Wunsch und Wirklichkeit zusammenzubekommen“, betonte Bartsch.

Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein unterstrich in seinem Vortrag, wie wichtig die Hospizarbeit ist. Er selbst sei beim Tod des eigenen Vaters vor großer Hilflosigkeit gestanden, so Beckstein. „Mit Ihrem ehrenamtlichen Engagement arbeiten Sie im Kernbereich der Humanität innerhalb der Gesellschaft“, sagte Beckstein in Richtung der Ehrenamtlichen.

Gertrud Ströbele ist im Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbunds zuständig für

Schulungen in der Trauerbegleitung. Sie stellte klar, dass das Thema Sterben noch vor 100 Jahren einen ganz anderen Stellenwert gehabt habe wie heute. „Das Sterben war im Leben der Menschen fest verankert, sie haben sich darauf vorbereitet“, erklärte die Sozialpädagogin. So habe ihre Mutter bei der Hochzeit ein Versehsteck geschenkt bekommen. Dazu gehörten u. a. ein Standkreuz, ein kleines Sterbekreuz, ein silbernes Tablett, kleinere Schalen und ein Tuch. Wenn der Priester zum Sterbenden kam, lag meist schon alles für den Geistlichen bereit.

Stefanie Suhr-Meyer aus Colmburg ist seit acht Jahren im Hospizverein Ansbach aktiv. Als Krankenschwester in der stationären Altenpflege hat sie bewusst ihre tägliche Arbeitszeit reduziert, um sich um Sterbende und Schwerstkranke zu kümmern. „Diese Arbeit ist zutiefst menschlich“, unterstrich Suhr-Meyer. □



V. l.: Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, Dr. Harald Scheiber, erster Vorsitzender des Hospizvereins Ansbach, Gertrud Ströbele und Ulrich Jendrzey, Einsatzleiter beim Hospizverein Ansbach. □

Die „Gesunden Kommunen“ starten durch!

Gesund leben Menschen nur dann, wenn es gelingt, ihre Alltagsinteressen mit ihrem Interesse an Gesundheit in Einklang zu bringen. Deshalb startet der Landkreis Bamberg unter dem Dach der Gesundheitsregionplus und in Kooperation mit dem Freiwilligenzentrum Carithek das Projekt „Gesunde Kommune“.

Die AOK Bayern übernimmt hierfür die Kosten. „Die Gesundheitsregionplus Bamberg wird durch die ‚Gesunden Kommunen‘ um einen wichtigen Baustein in den Bereichen Gesundheitsförderung und Prävention bereichert“, freut sich Landrat Johann Kalb.

Ziel und Weg des Projektes ist es, Gesundheitsprävention bedarfs- und lebensweltorientiert unter Beteiligung von Bürgern, Vereinen und Institutionen zu planen und nachhaltig umzusetzen. „Deshalb werden in den beteiligten Gemeinden Gesundheitszirkel eingerichtet, zu denen interessierte und engagierte Bürger, Vertreter aus Politik, Vereinen, Gesund-

heitseinrichtungen und Wohlfahrtsverbänden zusammen kommen. Geplant ist, die Gesundheitsangebote in einer Gemeinde zu erheben, einen auf die Bedürfnisse vor Ort zugeschnittenen Aktionsplan zu entwickeln und gesundheitsfördernde Angebote umzusetzen“, erklärt die bei der Carithek Bamberg eigens für das zweijährige Projekt eingestellte Koordinatorin Marion Hartmann.

Unter der Überschrift Gesundheit und Prävention können Themen wie gesundes Lebensumfeld, Wohnsituation, Demenz, Barrierefreiheit, Bewegung, psychische Gesundheit, Ernährung, Kindergesundheit und medizinische Versorgung bearbeitet werden. □

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage des IPM - Institut für Public Management, Ismaning - bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Karl Malz wurde als Bürgermeister von Tapfheim im Landkreis Donau-Ries in seinem Amt bestätigt. Der Kandidat der Freien Wähler erhielt 96 Prozent der Stimmen. Er war ohne Gegenkandidaten angetreten. Rund 46 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab.

Auch in Wiggensbach (Oberallgäu) bleibt nach der Bürgermeisterwahl alles beim Alten. Der amtierende Bürgermeister Thomas Eigstler setzte sich mit 60 Prozent der Stimmen gegen Astrid Haggenmüller von den Freien Wählern durch. Sie kam auf 40 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung in der 5.000-Einwohner-Gemeinde lag bei 63,3 Prozent.

Im niederbayerischen Landshut hingegen wird künftig ein neuer Oberbürgermeister die Geschicke der Bezirkshauptstadt lenken: Zum Nachfolger des noch bis Ende des Jahres amtierenden Rathauschefs Hans Rampf (CSU), der aus Altersgründen nicht mehr antreten durfte, wurde Alexander Putz von der FDP gewählt.

Der 53 Jahre alte Unternehmer, gebürtiger Niederösterreicher, erzielte bei der Stichwahl 63,01 Prozent der Stimmen. Sein Kontrahent Helmut Radlmeier (CSU) kam auf 36,99 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag lediglich bei 45,1 Prozent. Im ersten Wahlgang hatte Radlmeier mit 32,8 Prozent bei insgesamt vier Bewerbern noch vor dem neuen Stadtoberhaupt (27,9 Prozent) gelegen.

Alexander Putz ist nun der einzige Liberale, der in Bayern ein Oberbürgermeister-Amt innehat. Wie er in einer ersten Stellungnahme betonte, „entspricht das Ergebnis der Resonanz, die ich in den vergangenen Wochen bekommen habe. Ich bin innerlich schon überwältigt und sehr erfreut, dass mir so viele Leute das Vertrauen geschenkt haben. Ich habe Respekt vor der Aufgabe, freue mich aber natürlich auch darauf. Als OB will ich vor allem mit Blick auf die schlechte Wahlbeteiligung eine Transparenz- und Kommunikationsoffensive starten. Man muss viel mehr mit den Leuten reden.“ **DK**

Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 10. November 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · IuK · Breitband · Mobilfunk
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Baupolitik
- Dorferneuerung · Stadtansanierung · Denkmalschutz
- Gestaltung öffentlicher Räume · Stadtmobiliar

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Brandschutz

HEKATRON
HEKATRON Remote – das Original
Fernzugriff auf höchstem Niveau mit der Integral IP Zentrale

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS 
Qualität aus Deutschland

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell  

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER  **FAHNEN KÖSSINGER**
• Fahnen
• Maste
• Roll-Ups
• Bekleidung
• und vieles mehr
www.fahnen-koessinger.de
Telefon: 09451 / 9313-0

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST  **HELA-MAST** GmbH
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG  **Fahnen Koch**
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de 

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM  **LTM GmbH**
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-ulm.de
www.ltm-ulm.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der Bayerische Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
- ab 10 Zeitungen im Sammelabo für 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)

Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen Fassadensicherungen, Rückenschutzsysteme 

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem KRENZER
... clevere Raumkonzepte



Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 0 2771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER  **LANGER**
05326 / 502-0
Wartehallen 
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
deko-jochum 
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für **Platte Star**
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

ANMELDUNG

Bitte melden Sie sich über unsere Forums-Webseite an:
<http://www.serviceforum.info>

Der Unkostenbeitrag für die Veranstaltung mit Mittagssnack, Getränken und Bereitstellung der Teilnahmeunterlagen als PDF beträgt 49,00 Euro zzgl. MwSt.

Nach Eingang Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine Anmeldebestätigung und eine Rechnung. Alle Teilnahme- und Zahlungsbedingungen finden Sie auf der Anmeldeseite unter <http://www.serviceforum.info>.

VERANSTALTUNGSORT

Bürgersaal der Stadt Ismaning
Erich-Zeitler-Straße 2 in 85737 Ismaning

Informationen zur Anfahrt finden Sie auf den Webseiten der Stadt Ismaning: www.ismaning.de.

EINLADUNG ZUR BEGLEITENDEN STUDIE

Parallel zur Veranstaltung führen wir die Online-Studie „Bürgererlebnis heute – Bürgererlebnis morgen“ durch. Erste Zwischenergebnisse präsentieren wir am 1. Dezember.

Zur Studie möchten wir Sie ebenfalls herzlich einladen. Die Fragen dienen Ihnen als hervorragende Checkliste für das Management Ihres Bürgerservices. Am Ende der Befragung können Sie sich für die Zusendung der Studienauswertung anmelden. Zum Fragebogen gelangen Sie über <http://www.buergererlebnis.de>.

IHRE ANSPRECHPARTNER

Sie haben Fragen zur Veranstaltung? Gerne!
Kommen Sie gerne auf uns zu.

Hans-Peter Mayer, Direktor Institut für Public Management
E-Mail: mayer@ipm.iunworld.com
Tel.: 089-999 79 67 67

Prof. Dr. Andreas Schöler, Fakultät für
Wirtschaftspsychologie
E-Mail: andreas.schoeler@fham.de
Tel.: 0160-90974471

INITATOREN

Hochschule für angewandtes Management (HAM)

Die Hochschule für angewandtes Management vermittelt Wissen mit praktischer Bedeutung auf akademischem Niveau. Wir verstehen uns als Handlungs-Kompetenz-Zentrum und verbinden Wirtschaft und Wissenschaft. In unserem innovativen semi-virtuellen Studium macht erfolgreiches Lernen Spaß. Wir zeigen Pro I in Lehre und Forschung durch Konzentration auf wirtschaftsnahe Studiengänge, anwendungsorientierte Forschung und Kooperationen mit Partnerunternehmen und Hochschulen.

Institut für Public Management der HAM

Das Institut für Public Management gilt als das Kompetenzzentrum für innovative, ökonomische und strategisch relevante Themen für öffentliche Verwaltungen im deutschsprachigen Raum. In Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Kernkompetenzen der Hochschule für angewandtes Management in Erding (HAM), der Privatuniversität Schloss Seeburg in Seekirchen bei Salzburg und renommierten Praktikern ist eine auf die öffentliche Verwaltung spezialisierte, akademische Beratungs- und Forschungseinrichtung entstanden.

PARTNER

TÜV SÜD Management Service GmbH

Die TÜV SÜD Management Service GmbH zertifiziert seit 2004 Servicemanagement-Systeme. Auf Basis von wissenschaftlich anerkannten Prüfmethode werden Informationen ermittelt und zu einem Gesamtbild der „ServiceExcellence“ verdichtet. Erfolgreiche Organisationen werden ausgezeichnet und können mit dem TÜV SÜD Zertifikat gegenüber allen internen/externen Anspruchsgruppen ihre exzellente Servicequalität „beweisen“. Seit 2004 wurden weit über 600 Serviceaudits in Unternehmen aus dem Consumer- und Business-Markt durchgeführt.

Bayerische Gemeindezeitung

Die Bayerische Gemeindezeitung ist mit einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren eine der größten kommunalen Fachzeitungen Bayerns und hat ihren Sitz in Geretsried. Zielsetzung der Zeitung ist es nicht nur die Verwaltungsbeamten mit Informationen zu versorgen, sondern vor allem auch die gewählten Mandatsträger über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und ihnen praktische Anleitungen für ihre Aufgaben an die Hand zu geben.



1. Dezember 2016 / Ismaning bei München

Bürgererlebnis 2020: Herausforderungen und Konzepte in Kommunen

2. Serviceforum an der Hochschule für angewandtes Management in Kooperation mit der TÜV SÜD Management Service GmbH und der Bayerischen Gemeindezeitung

Kooperationspartner

BAYERISCHE
GemeindeZeitung



Management Service



WAS ERWARTET SIE?

Bürger erleben "ihre" Kommune intensiv, wenn sie mir Ihren Anliegen auf Rathäuser, Verwaltungsreferate oder Landratsämter zugehen. Ihre Wahrnehmung der zwischenmenschlichen Begnung und der zuverlässigen Bearbeitung bzw. Lösung ihrer Anliegen prägt Bürgerzufriedenheit und das Image der Kommunen.

Die Erwartungen der Bürger an ihre Kommunen sind dabei nicht geringer als an jeden anderen Dienstleister. Positive wie negative Erfahrungen werden zunehmend intensiv in sozialen Medien diskutiert. Gerade die negativen Erfahrungen führen zu immer heftigeren Reaktionen der Bürger.

Im Fokus des 2. Serviceforum steht daher die Bürgerorientierung von Kommunen und das Management der kommunalen Servicequalität vor dem Hintergrund der Zielsetzung von hoher Kunden- bzw. Bürgerzufriedenheit und Wirtschaftlichkeit.

Aktuelle Ansätze zur Gestaltung eines hervorragenden Bürgererlebnisses werden vorgestellt und gemeinsam mit Vertretern aus Praxis und Hochschulsche diskutiert.

WER IST ANGESPROCHEN?

Zielgruppe des Serviceforums sind Landräte und Bürgermeister sowie Führungskräfte und Mitarbeiter aus Kommunen, denen die Gestaltung eines hervorragenden Bürgererlebnisses am Herzen liegt und die eine Auseinandersetzung und Diskussion zu aktuellen Ansätzen einer kunden- bzw. bürgerorientierten Verwaltung suchen.



PROGRAMM

9:30 – 10:00 **Come-Together**

10:00 – 10:15 **Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung**

Dr. Alexander Greulich, Bürgermeister Ismaning
Prof. Dr. Dr. Claudius Schikora, Präsident der HAM

10:15 – 10:45 **Bürgererlebnis 2020: Thesen, Themen, Trends**

- Aktuelle Diskussionspunkte zum Management von Bürgererlebnissen
- Erste Zwischenergebnisse der Studie „Bürgerservice heute - Bürgerservice morgen“

Hans-Peter Mayer, Direktor Institut für Public Management

Prof. Dr. Andreas Schöler, Fakultät für Wirtschaftspsychologie der HAM

10:45 – 11:15 **Wir in Ismaning – lokale Vernetzung Unternehmen, Bürger, Gemeinde**

- Aufbau einer lokalen Vernetzung
- Projekt „Wir in Ismaning“
- Online-Schaufenster Ismaning

Dr. Alexander Greulich, Bürgermeister der Gemeinde Ismaning

11:15 – 11:45 **Bürgerservice managen – mit System und Nachhaltigkeit**

- Ergebnisse zu Mystery Analysen in Bürgerbüros und Standesämtern
- Benchmark – Vergleich zu anderen Branchen
- Nachhaltigen Vorgehensweise zum Servicemanagement

Kathrin Birkner, Auditoren Servicequalität, TÜV SÜD Management Service GmbH

11:45 – 12:15 **Bürgerämter - "One Face to the Customer"**

- Aufgaben und Inhalte in den Augsburg Bürgerämtern
- Zahlen, Daten, Fakten
- Abläufe und technische Prozessunterstützung

Dieter Rosseutscher, Leiter Bürgeramt der Stadt Augsburg

12:15 – 13:30 **Mittagspause**

13:30 – 14:00 **Servicegarantien/ Serviceversprechen in einem dienstleistungs-orientiertem Bürgerbüro**

- Servicegarantien (z.B. garantierte Wartezeiten für Bürger)
- Einführung des RAL-Gütezeichens
- Einführung eines dienstleistungsorientierten Bürgerbüros

Robert Niedergesäß, Landrat des Landkreises Ebersberg

14:00 – 14:30 **Das Bürgerbüro der Zukunft**

- Infrastrukturkomponenten in der öffentlichen Verwaltung
- IT-Sicherheit

Rudolf Schleyer, Vorstand der AKDB

14:30 – 15:00 **Pause**

15:00 – 15:30 **Bürgerkontakt 2020: Chancen & Herausforderungen von Social Media für Kommunen**

- Aktuelle Herausforderung & Handlungsfelder
- Möglichkeiten und erfolgreiche Beispiele
- Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten

Prof. Dr. Tobias Haupt, Fakultät für Sportmanagement der HAM

15:30 – 16:00 **Zukunft Retail-Banking: Interaktion zwischen Bank und Kunde – heute und in Zukunft**

- Disruptiver Strukturwandel in der Bankenbranche
- Fundamentale Änderung des Kundenverhaltens
- Technisch ist vieles möglich, was wir heute noch gar nicht wissen!

Prof. Dr. Marcus Riekeberg, Geschäftsführer Sparkassen Consulting

16:00 – 16:30 **Zusammenfassung, Diskussion und Verabschiedung**

Hans-Peter Mayer, Direktor Institut für Public Management

Prof. Dr. Andreas Schöler, Fakultät für Wirtschaftspsychologie der HAM